

# Digitalisierung

# Inhaltsverzeichnis

Projekt	Projektbezeichnung	Behörde	Seite von - bis
<b>Zentrale Digitalisierungsprojekte</b>			
D - 1	Elektronische Vorgangsbearbeitung	FHB	4 - 17
D - 2	Einheitlicher Ansprechpartner 2.0	FHB	18 - 28
D - 3	Antragslose Geburtsurkunde/Elterngeld/Kindergeld	FHB	29 - 42
D - 4	Elektronisches Bezahlverfahren	FHB	43 - 54
D - 5	Elektronische Authentisierung	FHB	55 - 67
D - 6	Effektiverer IT-Betrieb	FHB	68 - 82
D - 7	Gemeinsame IT-Angebote mit Bund und Ländern	FHB	83 - 94
D - 8	Digitalisierungsbüro	FHB	95 - 107
<b>Digitalisierungsprojekte der Ressorts</b>			
D - 10	Digitales Archiv Nord	SfK	109 - 122
D - 17	ADABweb	SfK	123 - 135
D - 12	eAkte Migrationsamt	SI	136 - 152
D - 13	Infrastruktur Boston	SI	147 - 157
D - 14	Self-Service-Terminals	SI	158 - 168
D - 16	Internetbasierte Kfz-Zulassung Stufe 3	SI	169 - 179
D - 19	Forensische IT 'Schmutznetz' K15	SI	180 - 190
D - 25	Geodateninfrastruktur (Budget erst 2019)	SI	---
D - 38	Digitalisierungsprojekte Polizei	SI	191 - 206
D - 39	BASIS.Polizei	SI	207 - 218
D - 40	Digitalisierungsprojekte ehem. Stadamt	SI	219 - 233
D - 23	E-Justice Personal zur Einführungsbegleitung	SJV	234 - 245
D - 15	Terminvergabe im AfSD	SJFIS	246 - 258
D - 28	Online Störungsformular VIA-VS	SUBV	259 - 269
D - 29	Digitale Straßenunterlagen	SUBV	270 - 280
D - 30	Schwerlasttransporte VEMAGS	SUBV	281 - 291
D - 31	Softwarespektrum	SUBV	292 - 302
D - 32	Online Plattform	SUBV	303 - 313
D - 33	Digitale BauO-Software	SUBV	314 - 323
D - 34	ALKIS, Unterstützungsleistung durch Dienstleister (GeoInformation)	SUBV	324 - 334
D - 35	E-Payment (GeoInformation)	SUBV	335 - 345
D - 36	ESRI-ELA (GeoInformation)	SUBV	346 - 356
D - 37	Einheitliche und zukunftsfähige IT-Organisation im Bereich des öffentlichen Gesundheitsdienstes	SWGv	357 - 369
D - 43	Veranstaltungsmanagement	BBEE / SK	370 - 382
D - 9	Digitalisierungsstrategie zur Prozessoptimierung in der Personalarbeit	SF	383 - 395
D - 11	Auf dem Weg zu HKR 4.0	SF	396 - 409

Projekt	Projektbezeichnung	Behörde	Seite von - bis
D - 26	Einrichtung eines zentralen Dienstes „e-Vergabe“ für alle Phasen öffentlicher Ausschreibungsverfahren	SF	410 - 419
D - 42	Landeslizenz für ein juristisches Online-Rechtsprechungsportal	SF	420 - 436
D - 44	Zentralisierung Kita-Gebühren (wird im 1. Quartal 2018 nachgereicht)	SKB	---
D - 23	Schulungsraum e-Akte mit dem AFZ im Amtsgericht	SJV	437 - 447
<b>Digitalisierungsprojekte Bremerhaven</b>			
D - 45	Digitalisierungsbüro Bremerhaven	Brhv.	449 - 459
D - 46	Digitalisierungsprojekte Bremerhaven	Brhv.	460 - 470

## Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b> Einführung der Elektronischen Akte im Migrationsamt		<b>Lfd. Nr. D12 der Liste</b>	
<b>Zielgruppe:</b> Ausländische Bürger*innen, Rechtsanwälte, Gerichte/Behörden, Sachbearbeiter*innen des Migrationsamtes			
<b>Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?):</b> Die Transportzeiten und -aufwände für die Akten sollen reduziert werden, die Ausfallzeiten in der Sachbearbeitung durch versandte Akten sollen entfallen			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Ausfallzeit in der Sachbearbeitung durch fehlende Zugriffsmöglichkeit auf Akten	Tage	0	0
<b>Programm / Produkt (Was wird angeboten?):</b> Scan-Software, Ablagesystem VIS, Schnittstelle zum Bearbeitungssystem Advis			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
<b>Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?):</b> Umsetzung der eAkte, Scannen der Bestandsakten, Digitalisierung der Bestandsakten und Prozesse			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Vorlage Vorstudie	Datum	1.5.2018	
Vorlage Umsetzungsplanung	Datum	1.6.2018	
Digitalisierung des Bestandsakten	%	5	25
Realisierung Sachbearbeitung eAkte	%	100	100

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	T€	T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	VZÄ	VZÄ

Konsumtiv	500 T€	447,2 T€	500 T€	447,2 T€
Investiv	T€	T€	T€	T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€

**Beigefügte Unterlagen:**

- |   |  |                               |
|---|--|-------------------------------|
| Projektbeschreibung/-auftrag                          | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Zeitplan  | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| WU-Übersicht  | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse                | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Antrag auf Nachbewilligung                            | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| <a href="#">Klicken Sie hier, um Text einzugeben.</a> | <input type="checkbox"/> ja            | <input type="checkbox"/> nein |
| <a href="#">Klicken Sie hier, um Text einzugeben.</a> | <input type="checkbox"/> ja            | <input type="checkbox"/> nein |

## Senator für Inneres

### Projektskizze

Projektnummer	Projekttitel / Bezeichnung
D12	Einführung der elektronischen Akte (eAkte) im Migrationsamt

Projektkurzbeschreibung
Die Bestandakten des Amtes werden gescannt und digitalisiert und damit nur noch in elektronischer Form bearbeitet und versandt. Durch die Einführung der eAkte werden produktive / ergonomische / qualitative Gewinne erwartet.

### 1. Geplante Projektstruktur

<b>Auftraggeber</b>
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: 12. September 2017, Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
<b>Verantwortliche Dienststelle (Federführung)</b>
Senator für Inneres
<b>Projektleitung</b> (falls schon benannt)
Senator für Inneres, Ref.10
<b>Teilprojektleitungen</b> (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)
Ralf Kommnick (Migrationsamt) Stefanie Oppermann (SF 34)

<b>Projektbeginn</b>	1.6.2018 (Umsetzungsprojekt, Vorstudie läuft bereits)
<b>Projektende (geplant)</b>	1.12.2019

## 2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

### Strategische Vorgaben

Die Einführung der elektronischen Akte ist ein Arbeitsauftrag aus der Koalitionsvereinbarung. Das Projekt ist als Schwerpunktvorhaben im im Entwicklungsfeld "Digitale Verwaltung" des Programms "Zukunftsorientierte Verwaltung" vorgesehen.

### Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch  
a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c) einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

### Ausgangslage für das Projekt

*Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?*

Das Amt verfügt über einen Bestand von rund 100.000 z.T. mehrbändigen Akten. Zu jeder Kundenvorsprache (ca. 60.000 jährlich) muss die Akte herangezogen und (da teils in Aktenräumen in anderen Etagen) bewegt werden. Der Transport der Akten ist mit einem großen zeitlichen Aufwand und ergonomischen Verlusten verbunden. Bei externem Versand (Akteneinsicht von Rechtsanwälten oder Gerichtsverfahren) stehen die Akten zur Sachbearbeitung nicht mehr zur Verfügung. Für die Lagerung der Akten werden beträchtliche räumliche Flächen benötigt.

### Projektziele, Maßnahmen

*Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.*

#### Projektziele

Projektziel 1: Vermeidung von Ausfallzeiten in der Sachbearbeitung, in denen die Papierakten "abwesend" sind, aufgrund von Versendung an Rechtsanwälte / Gerichte / Ämter. Sofortiger Zugriff auf die Akten durch den Sachbearbeiter ohne Laufwege und -zeiten zum Aufbewahrungsort.

Projektziel 2: Reduzierung der Flächen für die Aktenaufbewahrung

Projektziel 3: Laufzeiten / Aufwände / Kosten bei Versand an Rechtsanwälte / Gerichte / Ämter sollen reduziert werden bzw. entfallen.

#### Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?

Maßnahmen zum Projektziel 1: Die Fallakte wird digitalisiert und auf sie kann somit immer zugegriffen werden.

Maßnahmen zum Projektziel 2: Für eAkten wird nur noch Speicherplatz benötigt.

Maßnahmen zum Projektziel 3: Der Versand von eAkten erfolgt "auf Knopfdruck" und die Laufzeiten bemessen sich nur noch nach Minuten, statt nach Tagen.

### Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Es ist nur ein Projektauftrag für die Umsetzungsphase zu erarbeiten, die Detaillierung der Projektplanung für diese Phase erfolgt erst dort.

### 3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket	Meilensteine	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	(= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	
	<b>M 1</b> Start des Vorprojektes am 10.11.2017	
Vorstudie	<b>M 2</b> Vorlage der Vorstudie und ggfs. Umsetzungsvorschlag / Software-Auswahl am 1.5.2018	10%
	<b>M 3</b> Start des Umsetzungsprojektes 1.6.2018	
Umsetzung	<b>M 4</b> Technische und organisatorische Umsetzung, Einführung der eAkte im Migrationsamt 31.3.2019	20 %
	<b>M 5</b> Digitalisierung von 50% der Bestandsakten bis 1.12.2019	70 %
	<b>M 5</b> Ende des Projektes am 1.12.2019	
Aufwand Gesamt:		100 %

Ressource	Budget (geschätzt)
<b>Personal</b>	
<b>Ausstattung</b>	
<b>Sachkosten</b>	
Kosten Digitalisierung Bestandsakten	822.000 € 2018/19
Technische Realisierung	125.200 € 2018/19
Betriebskosten, Speicher (Mietkosten bei Dataport, noch nicht kalku-	0



liert)	
<b>Sonstige</b>	

### **Wirtschaftlichkeit**

*Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.*

siehe Anlage WiBe.

### **Berichtswesen**

*Wem ist was, wann zu berichten?*

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Sowohl im Vorprojekt, als auch das Umsetzungsprojekt berichtet die Projektleitung an die Entscheidungsinstanz zu den Meilensteinen und bei Planabweichungen

- Anne Saebetzki (SF 3)
- Sabine Odenkirchen (SI 1)
- Martin Hagen (SF 02)
- Bettina Scharrelmann (AL Migrationsamt).

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

Herr Reinhold Ahrens, Senator für Inneres 101, Tel. 96530



# A

**Sonstige Anmerkungen:  
Kurzbeschreibung der Maßnahme**

Im Rahmen des Projekts D12 soll die Aktenführung beim Migrationsamt auf ein elektronisches Verfahren umgestellt werden. Gleichzeitig soll ein elektronisches Vorgangsbearbeitungssystem eingeführt werden. Ziel ist es, die Geschäftsprozesse im Migrationsamt zu beschleunigen (siehe auch Maßnahmenvorblatt und Projektskizze).

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist  
 beigefügt.

**Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit**

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 Abs. 2 LHO werden die Mittel nunmehr auf die Personalhaushaltsstellen der Ressorts und in den Produktplan 96 IT-Budget der FHB (konsumtive und investive Mittel ohne Personal) verlagert,

**Zustimmung**

Produktgruppenverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

ja

nein, nicht erforderlich

Deputationen:

ja

nein, wird mündlich vorgetragen

Dep. für Inneres

An die Senatorin für Finanzen  
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.  
Im Auftrag

**Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "eAkte - Elektronische Akte Migrationsamt" 1)** in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
<b>Projektkosten (konsumtiv)</b>				
Kosten Digitalisierung Bestandsakten	375.000	447.200	0	822.200
Technische Realisierung	125.000		0	125.000
<b>Projektkosten (investiv)</b>				
<b>Projektkosten insgesamt</b>	<b>500.000</b>	<b>447.200</b>	<b>0</b>	<b>947.200</b>
<b>Betriebskosten</b>				
Technischer Betrieb		50.000	50.000	50.000
Betrieb und Lizenzen				0
<b>Betriebskosten insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>50.000</b>	<b>50.000</b>	<b>50.000</b>

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Elektronische Akte Migrationsamt"

		Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
<b>Qualitativ strategische Bedeutung</b>					
1	Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FfHB	10	8	80	Verfahren Advis (Module Ausländerangelegenheiten und Einbürgerung)
2	Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	8	80	Verfahren eAkte mit VIS wird bereits landesweit genutzt
3	Plattform-/Herstellernunabhängigkeit	10	9	90	Nutzung von Standard-Hardware und Standard-Software (VIS), Scan-Software länderübergreifend
4	Qualitätszuwachs bei der Aufgabenabwicklung	15	5	75	Wegfall der Ausfallzeiten beim Versand der Akten an Anwälte/Gerichte/Amt
5	Verkürzung der Durchlaufzeit	15	4	60	Wegfall von Versand- und Postlaufzeiten, Wegfall Transportzeiten
6	Einheitliches Verwaltungshandeln	5	10	50	Identische Daten für Amt, Widerspruchsbehörde und Gerichte
7	Imageverbesserung	5	10	50	positive Auswirkungen bei einer hohen Zahl von Kunden (Anwälte, ausländ. Bürger)
8	Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	8	120	Transparenz zur Sachbearbeitung einzelner Fälle für die Leitung und die Fachaufsicht
9	Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	3	30	Wegfall von Wegezeiten
10	Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	0	0	
<b>Insgesamt</b>		<b>100</b>	<b>65</b>	<b>635</b>	
<b>Ergebnis WiBe Q</b>				<b>64</b>	
<b>Externe Effekte</b>					
A	Wer sind meine Kunden?	Kunden des Migrationsamtes (und damit auch die Nutzer/Adressaten der eAkte) sind - ausländische Mitbürger (ca. 60.000 Vorsprachen jährlich) und deren Rechtsanwälte, die Akteneinsicht beantragen (Zielgruppe 1), - andere Behörden, z.B. Fachaufsicht beim Senator für Inneres und Verwaltungsgerichte, die bei Klagen gegen Verwaltungsakte eingeschaltet werden (Zielgruppe 2).			
B.	Was wollen meine Kunden?	Schnelle Bearbeitung und positive Entscheidung (Zielgruppe 1), rechts-sichere und -beständige Entscheidungen (Zielgruppe 2)			
C.	Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?				
D.	Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?				
1	Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	8	80	Schnellere und rechtssichere Bearbeitung für den grossen Kundenkreis des Migrationsamtes
2	Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	2	20	Die eAkte wird für alle Verfahren des Migrationsamtes genutzt werden
3	Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	2	10	
4	Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	0	0	
5	Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	10	100	Durch die eAkte werden die benötigten Informationen zeitnah, vollständig und aktuell bereitgestellt
6	Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	7	175	Wegfall von Portokosten und Post-Laufzeiten
7	Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	8	80	Beschleunigung durch Wegfall von Wegezeiten, Post-Laufzeiten, Postversandaufwänden)
8	Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	4	40	geringe Verbesserung (zeitnah, keine Medienbrüche)
9	Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	2	10	eAkte ist ein Standardprodukt für die bremische Verwaltung
10	Nachnutzung von Projektergebnissen	10	5	50	
<b>Insgesamt</b>		<b>100</b>	<b>48</b>	<b>565</b>	
<b>Ergebnis WiBe E</b>				<b>57</b>	

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

**Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)**

Anlage zur Vorlage :

Datum :

Stand: 27.11.2017

Benennung der Maßnahme

I0107270 eAkte Migrationsamt (D12)

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit  einzelwirtschaftlichen  gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung  Barwertberechnung  Kosten-Nutzen-Analyse  Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse  ÖPP/PPP Eignungstest  Sensitivitätsanalyse  Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): 2 Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Einführung der Elektronischen Akte im Migrationsamt	1
2	Nicht-Einführung der Elektronischen Akte im Migrationsamt	2
n		

**Ergebnis**

**Darstellung der monetären Wirtschaftlichkeit, soweit möglich. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).**

**Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 64 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 57 gemäß WiBe 5.0 (Beide > 50 Punkte) bedeutet, dass die IT-Maßnahme durchgeführt durchgeführt werden kann (Alternative 1).**

Weitergehende Erläuterungen

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.03.2020	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Digitalisierung des Aktenbestandes	%	50
2			
3			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO:  die Schwellenwerte werden nicht überschritten /  die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremsischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

## Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b> Lfd. Nr. D 13 Boston-Infrastruktur der Liste Aufbau/ Betrieb eines webbasierten Hinweisportals zur Entgegennahme und Auswertung von Bild- und Videodateien und sonstiger Formate im Rahmen einer gemeinsam von HH, SH und HB betriebenen Auswertefrastruktur des Dienstleisters Dataport und webbasiertem Hinweisportal des Landes Bremen durch BKA gehostet.			
<b>Zielgruppe:</b> Bürgerinnen und Bürger die über das Internet ihre Bild- und Videodateien per Smartphone oder sonstiger Internetanwendungen (Soziale Medien) an die Polizei übermitteln wollen Polizei HH, HB, SH nutzen eine noch nicht vorhandene Auswertenumgebung			
<b>Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?):</b> Verbesserte Aufklärung von Straftaten durch Anpassung an die digitale Kommunikation des Bürgers			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
./.			
<b>Programm / Produkt (Was wird angeboten?):</b> Webbasiertes Hinweisportal beim BKA Gemeinsame Auswertefrastruktur (BAI) für die Polizeien HH, SH und HB im RZ-Dataport			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Fertigstellung der Infrastruktur bei Dataport	%	50	100
In Betriebnahme des Hinweisportal beim BKA	%	50	100
<b>Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?):</b> Das Bremer Hinweisportal beim BKA wird vom BKA technisch umgesetzt und nach Erfüllung des Rahmenvertrages zur Verfügung gestellt. Die Software „BAI“ wird gemeinsam mit der Projektleitung HH und Dataport eingerichtet			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Wirkbetrieb BKA	%	50	100
Wirkbetrieb Dataport im Verbund HH, SH und HB	%	50	100

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	T€	T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	VZÄ	VZÄ
Konsumtiv	45 T€	129,7 T€	45 T€	129,7 T€
Investiv	0 T€	0 T€	0 T€	0 T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€

**Beigefügte Unterlagen:**

- |   |  |                               |
|---|--|-------------------------------|
| Projektbeschreibung/-auftrag                          | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Zeitplan  | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| WU-Übersicht  | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse                | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Antrag auf Nachbewilligung                            | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| <a href="#">Klicken Sie hier, um Text einzugeben.</a> | <input type="checkbox"/> ja            | <input type="checkbox"/> nein |
| <a href="#">Klicken Sie hier, um Text einzugeben.</a> | <input type="checkbox"/> ja            | <input type="checkbox"/> nein |



## Projektskizze

Stand: 28.11.17

Projektnummer	Projekttitel / Bezeichnung
D 13	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel Boston-Auswerte-Infrastruktur (BAI) im Verbund mit Hamburg und Schleswig-Holstein inkl. Nutzung des beim BKA betriebenen webbasierten Hinweisportal Bremen

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes. Die Polizeien der Bundesländer Bremen, Schleswig-Holstein und Hamburg haben gemeinsam mit anderen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland die Teilnahme an dem vom BKA aufgebauten und betriebenen Webportal „Boston Infrastruktur“ erklärt.  Die drei Bundesländer Bremen, Schleswig-Holstein und Hamburg haben darüber hinaus im Rahmen eines Treffens am 27.01.2017 vereinbart, in Kooperation und mit dem Ziel der gegenseitigen Unterstützung für das Webportal „Boston Infrastruktur“ eine gemeinsame dezentrale beweisichere Auswerteumgebung in den beteiligten Ländern aufzubauen und zu betreiben („Boston AuswerteInfrastruktur (BAI)“).

### 1. Geplante Projektstruktur

<b>Auftraggeber</b>
Polizei HB, HH, SH und Senator für Inneres HB, HH und Innenministerium SH
<b>Verantwortliche Dienststelle (Federführung)</b>
LKA HB (KL-V) Hinweisportal Bremen beim BKA Lenkungsgruppe BAI (Leiter LKÄ HH, HB, SH) für BAI
<b>Projektleitung</b> (falls schon benannt)
Polizei Bremen/LKA/K 15 ( Abeln, SGL) für Hinweisportal Bremen beim BKA Polizei Hamburg / IT 3 für BAI (Herr Selpien)
<b>Teilprojektleitungen</b> (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)
Polizei Hamburg / IT 3 Projektleitung Technikboard BAI Polizei Schleswig-Holstein/LKA IV Projektleitung Fachboard BAI Polizei Bremen/ LKA K 15 Teilprojekt Fachboard BAI und Projektleitung Landesportal Bremen mit BKA IT-Sicherheitsmanagement HH, HB, SH mit jeweiligen zuständigen ITSM

Datenschutz HH, HB, SH mit jeweiligen Beauftragten  
Technische Umsetzung in Bremen mit ZTD 11 und Dataport

<b>Projektbeginn</b>	01.09.16 (Vorprojekt), Umsetzung ab 02.2018
<b>Projektende (geplant)</b>	31.12.2019

## 2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

### Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch  
a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c) einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Aufgrund der hohen Terrorgefahr, sowie weiterer Einsatzszenarien eines Webportals für die Anlieferung von Bild- und Videomassendaten ist es Wunsch aller Kooperationspartner so schnell wie möglich eine funktionsfähige Umgebung zur Verfügung zu stellen.

### Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Die Polizeien der Bundesländer Bremen, Schleswig-Holstein und Hamburg haben gemeinsam mit anderen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland die Teilnahme an dem vom BKA aufgebauten und betriebenen Webportal „Boston Infrastruktur“ erklärt und zur Entgegennahme und Auswertung von Bild- und Videomassendaten im jeweiligen Zuständigkeitsbereich eine gemeinsame Auswertinfrastruktur aufzubauen und die Daten im Polizeinetz zur Bearbeitung zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus sollen Bilder und Videodateien die als Beweismittel sichergestellt worden sind in die Auswertumgebung importiert und bearbeitet werden können.

Eigene Strukturen zur Entgegennahme und Verarbeitung derartiger Daten liegen weder vor noch sind sie für ein einzelnes Land finanzierbar.

### Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

#### Projektziele

Projektziel 1: Errichtung eines webbasierten Hinweisportal Bremen beim BKA zur Entgegennahme von Bild- und Videodateien der Bevölkerung

Projektziel 2: Die Polizei Hamburg – IT wurde beauftragt, im Rahmen eines Projektes und unter Einbindung der beteiligten Länderpolizeien Bremen, Schleswig-Holstein und Hamburg eine Bild- und Videoauswertumgebung aufzubauen (BAI) und anschließend zu betreiben. Hierbei sind insbesondere die Gefahren der „Schmutzdaten“ aus dem Internet und bei Si-

cherstellungen zu minimieren und durch geeignete Maßnahmen einer Kontamination entgegenzuwirken. Die Originaldaten sind unverfälscht abzuspeichern.

Inhaltlich soll eine Auswerteumgebung bei Dataport aufgebaut und betrieben werden. Es erfolgt eine zentrale Anbindung an die „Boston Infrastruktur“ des BKA mit der Zielrichtung bei „Landeslagen“ und auch in der Alltagsorganisation der Länder diese zu unterstützen. Für den TE-Fall besteht gleichzeitig die Möglichkeit einer gegenseitigen Unterstützung und Zusammenarbeit über die Polizeinetze der Länder.

**Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?**

Maßnahmen zum Projektziel 1: Rahmenvereinbarung Land Bremen mit dem BKA

Maßnahmen zum Projektziel 2: Rahmenvereinbarung Land HH, HB und SH

**Nicht-Auftrag**

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Die Verarbeitung von sonstigen Schmutzdaten, wie z.B. forensisch gesicherte digitale Daten im Bereich Computer- und Mobilfunk werden im gesonderten Projekt „Schmutzdaten“ behandelt.

**3. Meilenstein- und Ressourcenplanung**

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket	Meilensteine	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	(= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	
	<b>M 1</b> Start des Vorprojektes am 01.09.16	
Aufbau einer Auswertefunktion bei Dataport, Anschluss an das Landesportal beim BKA	<b>M 2:</b> Start des Umsetzungsprojektes 02/2018	100%
	<b>M 3:</b> Endes des Projektes am 31.12.2019	
	<b>Aufwand Gesamt:</b>	100%

Ressource	Budget (geschätzt)
<b>Personal</b>	
Gesamtprojektleitung in HH, Projektleitung Polizei Bremen	
<b>Ausstattung</b>	
<b>Sachkosten</b>	
Lizenzen und Betrieb Hinweisportal beim BKA	38.400 €
Lizenzen und Betrieb der Auswertelösung Land bei Dataport	136.300 €
<b>Sonstige</b>	

### Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

Siehe Anlage.

### Berichtswesen

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Projektleitung berichtet quartalsweise oder anlassbezogen an den Senator für Inneres.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

Frank Seeliger, Senator für Inneres -10-, Tel. 15247

**A**

Die Senatorin für Finanzen  
 - Bewirtschaftung durch Polizei Bremen -

Herr Heide  
 9033  
 Bremen, 04.Dez  
 2017

öffentlich  nicht öffentlich

**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld  
 Digitale Verwaltung und Bürgerservice**

**Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018**  
**Produktgruppe: 96.01.01** IT/E-Government-Budget der FHB

**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	0950.539 46-1	950	34	Sachausgaben Projekt D13 - Boston-Infrastruktur - Handlungsfeld Digitalisierung	45.000 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	45.000,00
92.31.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	0,00

**Personaldaten:**

**zu Stellenverlagerungen** ( vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

**Leistungsziele/-kennzahlen:**

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

# A

**Sonstige Anmerkungen:  
Kurzbeschreibung der Maßnahme**

Im Rahmen des Projekts D13 soll ein webbasiertes Hinweisportal zur Entgegennahme und Auswertung von Bild- und Videodateien und sonstiger Formate durch den Bürger an die Polizeibehörden eingerichtet werden (siehe auch Maßnahmenvorblatt und Projektskizze).

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist  
 beigefügt.

**Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit**

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 Abs. 2 LHO werden die Mittel nunmehr auf die Personalhaushaltsstellen der Ressorts und in den Produktplan 96 IT-Budget der FHB (konsumtive und investive Mittel ohne Personal) verlagert,

**Zustimmung**

Produktgruppenverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

ja

nein, nicht erforderlich

Deputationen:

ja

nein, wird mündlich vorgetragen

Dep. für Inneres

An die Senatorin für Finanzen  
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.  
Im Auftrag

**Tab. 1: D 13 Boston-Auswerte-Infrastruktur (BAI) + Hinweisportal Bremen beim BKA**

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
<b>Projektkosten</b>	45.000	129.700	0	174.700
				0
				0
				0
				0
				0
<b>Projektkosten insgesamt</b>	<b>45.000</b>	<b>129.700</b>	<b>0</b>	<b>174.700</b>
<b>Betriebskosten Dataport und BKA</b>				
Technischer Betrieb		90.000		
Betrieb und Lizenzen	36.000	36.000	274.600	72.000
<b>Betriebskosten insgesamt</b>	<b>36.000</b>	<b>126.000</b>	<b>274.600</b>	<b>72.000</b>

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

**D 13 Boston-Infrastruktur (BAI) und Webportal Bremen beim BKA**

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
<b>Qualitativ strategische Bedeutung</b>				
1 Bedeutung für die IT-Strategie der Polizei	10	4	40	Grundsätzlich unabhängig da der Bürger ansonsten seine Fotos und Videos nicht kurzfristig der Polizei zur Verfügung stellen kann
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	5	0	0	In der Polizei Bremen gibt es weder ein Webportal noch eine Auswertinfrastruktur dazu
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	2	20	Flexibel ausbaufähig
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	8	120	Erstmaliger Aufbau einer internetgestützten Infrastruktur und zentraler Auswertmöglichkeit auf allen Polizeirechnern
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	10	150	Digitale Steuerung und automatisierte Auswertung, anstatt manueller Entgegennahme und händischer Sichtung
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	6	30	System für alle Polizeienstellen einheitlich
7 Imageverbesserung	10	10	100	Bürger, Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte können erstmalig einen standardisierten Empfang von digitalen Beweismitteln in Form von Foto und Video anbieten und verarbeiten
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	6	90	Durch Automatisierung zeitnahe Informationsmöglichkeit für alle Bedarfsträger
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	8	80	siehe oben
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	8	40	siehe oben
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>62</b>	<b>670</b>	
<b>Ergebnis WiBe Q</b>			<b>67</b>	

**Externe Effekte**

- A. Wer sind meine Kunden?
- B. Was wollen meine Kunden?
- C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?
- D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?

Bürger, Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichte, Presse  
 Moderne, sichere und fehlerfreie Übermittlung von beweiserheblichen digitalen Daten in Strafverfahren und Terrorlagen (z.B. Foto, Video, SMS, Chat usw.)  
 Digitale Medien aller Art (Smartphone, PC, Laptop, Soziale Netzwerke, öffentliche und private Medien)  
 Starke Zunahme / Akzeptanz bis hin zur Standardübermittlung, Sicherung, Aufbereitung und Auswertung von digitalen Daten über die Boston-Infrastruktur für Bürger, Polizei, Gerichte und andere Bedarfsträger)

1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	10	100	Altsystem nicht vorhanden. Digitalisierung der Bevölkerung erzeugt Massendaten die per Webportal entgegen und ausgewertet werden müssen
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	6	60	Das System wurde bereits öffentlichkeitswirksam z.B. bei den Anschlägen in München und Berlin bekannt gemacht und genutzt.
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	10	50	Das System wurde bereits öffentlichkeitswirksam z.B. bei den Anschlägen in München und Berlin bekannt gemacht und genutzt.
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	10	50	
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	6	60	
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	10	250	In der Vergangenheit mussten Mobiltelefone beschlagnahmt werden, um die Daten beweiskräftig zu sichern.
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	4	40	
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	6	60	
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	8	40	
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	8	80	
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>78</b>	<b>790</b>	
<b>Ergebnis WiBe E</b>			<b>79</b>	



**Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)**

Anlage zur Vorlage : D 13

Datum : 28.11.17

Stand: 28.11.2017

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Angebot für Bürger und Behörden zur Übermittlung von Foto/Videohinweisen (Boston-Infrastruktur)

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit  einzelwirtschaftlichen  
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung  Barwertberechnung  Kosten-Nutzen-Analyse  
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse  ÖPP/PPP Eignungstest  Sensitivitätsanalyse  Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung: 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): 2 Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Einführung der Boston Infrastruktur	1
2	Verzicht auf die Einführung der Boston Infrastruktur	2
n		

**Ergebnis**

**Darstellung der monetären Wirtschaftlichkeit, soweit möglich. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).**

**Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 77 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 96 gemäß WiBe 5.0 (Beide > oder < 50 Punkte) bedeutet, dass die IT-Maßnahme durchgeführt werden kann.**

Weitergehende Erläuterungen

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.03.2020	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Wirkbetrieb webbasiertes Hinweisportal Bremen beim BKA	Ja, nein	Ja
2	Wirkbetrieb der Boston-Auswerte-Infrastruktur im Verbund HH, SH und HB	Ja, nein	Ja
3			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO:  die Schwellenwerte werden nicht überschritten /  
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen  
 Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

## Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b> Einführung von Self-Service-Terminals (SST) im Bereich des Bürgeramts KfZ-Angelegenheiten		<b>Lfd. Nr. D14 der Liste</b>	
<b>Zielgruppe:</b> Bürger der Stadt Bremen Sachbearbeiter des Bürgeramtes			
<b>Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?):</b> Schnellere Antragbearbeitung von Identifikationsdokumenten im Bürgeramt.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Kunden können ihr Anliegen am SST eingeben	ja/nein	ja	ja
<b>Programm / Produkt (Was wird angeboten?):</b> Self-Service-Terminals mit Modulanbindung an das Fachverfahren			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Beschaffung der SB-Terminals	Datum	01.03.2018	
Server betriebsbereit	Datum	01.05.2018	
<b>Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?):</b> Klicken Sie hier, um Text einzugeben.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Schnittstellenanbindung + Modulerweiterung	Datum	01.05.2018	

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	T€	T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	VZÄ	VZÄ
Konsumtiv	94 T€	63,5 T€	94 T€	63,5 T€

Investiv	T€	T€	T€	T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€

**Beigefügte Unterlagen:**

Projektbeschreibung/-auftrag	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Zeitplan	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
WU-Übersicht	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Antrag auf Nachbewilligung	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

**Senator für Inneres**

**Projektskizze**

Projektnummer	Projekttitle / Bezeichnung
	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel
D14	Einführung von Self-Service-Terminals im Bereich des Bürgerservice, sowie KfZ-Angelegenheiten

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes.
Einführung einer Selbstbedienungslösung zur Beantragung von Identitätsdokumenten im Bürgerservice. Bürger kann mit Hilfe der Self-Service-Terminals die Beantragung von hoheitlichen Ausweisdokumenten vor Ort verkürzen, da die Daten in bestehende Fachverfahren integriert werden.

**1. Geplante Projektstruktur**

<b>Auftraggeber</b>
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: 12. September 2017, Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
<b>Verantwortliche Dienststelle (Federführung)</b>
Senator für Inneres
<b>Projektleitung (falls schon benannt)</b>
Senator für Inneres, Referat 10, Hr. Seeliger
<b>Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)</b>

<b>Projektbeginn</b>	01.02.2018
<b>Projektende (geplant)</b>	31.12.2019

## 2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

### Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c) einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

### Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Im Bürgeramt besteht die Notwendigkeit, dass der Kundenverkehr zur Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen (z. B. Pass- und Ausweisanträgen etc.) beschleunigt werden muss, damit keine Wartezeiten für die Bürger entstehen, und eine schnellere Antragsbearbeitung erfolgt.

### Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele
<p>Projektziel 1: Schnellere Antragsbearbeitung von Personalausweisen, Reisepässen und Führerschein.</p> <p>Projektziel 2: Manipulationssichere Datenvorerfassung durch Kunden</p> <p>Projektziel 3: Kompletter digitaler Erfassungs-Workflow zum papierlosen Antragsverfahren</p>
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
<p>Maßnahmen zum Projektziel 1: Aufbau von Selbstbedienungsterminals zur Erfassung von biometrischen Daten</p> <p>Maßnahmen zum Projektziel 2: Anbindung der Selbstbedienungsterminals an Fachverfahren (z. B. MESO, iKOL) über Schnittstellen und Modulerweiterung.</p> <p>Maßnahmen zum Projektziel 3: Aufbau von Servern und Speichererweiterung bei DP zu den einzelne Fachverfahren</p> <p>Maßnahmen zum Projektziel 4: Zuordnung der erfassten Daten zu Verwaltungsvorgängen.</p>

### Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

... (hier Text eingeben)

### 3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	Aufwand in % des Gesamtvolumens
	<b>M 1</b> Start des Projektes am 26.01.2018	
Beschaffung der SB-Terminals	<b>M 2</b> SB-Terminals Aufbau und Netzanbindung ab 01.03.2018	30%
Aufbau von Servern bei DP	<b>M3</b> Server und Speicher Bestellung bei DP ab 01.05.2018	30%
Schnittstellenanpassung und Modulerweiterung an Fachverfahren	<b>M 4</b> Start Anbindung der SB-Terminals an Fachverfahren ab 01.05.2018	40%
	<b>M 5</b> Ende des Projektes am 31.12.2019	
Aufwand Gesamt:		100%

Ressource	Budget (geschätzt)
<b>Personal</b>	
<b>Ausstattung</b>	
<b>Sachkosten</b>	
Kosten Dienstleistungen Dataport	30.000
Mietkosten SB-Terminals, Netzanbindung, Server	127.500
<b>Sonstige</b>	

### **Wirtschaftlichkeit**

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

s. Anlage Wibe

### **Berichtswesen**

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Die Projektleitung berichtet quartalsweise (Status, Sachstand, Zeitmanagement) oder anlassbezogen (Risikoerhöhung oder -eintritt) der Projektverantwortung beim Senator für Inneres.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

Herr Ahrens, Senator für Inneres -101, Tel. 96530

**A**

Die Senatorin für Finanzen  
- Bewirtschaftung durch Bürgeramt -

Herr Heide  
9033  
Bremen, 04.Dez  
2017

öffentlich  nicht öffentlich

**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld  
Digitale Verwaltung und Bürgerservice**

**Haushalt der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) 2018**  
**Produktgruppe: 96.02.01** IT/E-Government-Budget der FHB

**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	3950.539 51-7	950	51	Sachausgaben Projekt D14 - Einführung von Self-Service-Terminals im Bürgeramt - Handlungsfeld Digitalisierung	94.000 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	0,00
92.31.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	94.000,00

**Personaldaten:**

**zu Stellenverlagerungen** ( vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

**Leistungsziele/-kennzahlen:**

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.



# A

**Sonstige Anmerkungen:  
Kurzbeschreibung der Maßnahme**

Im Rahmen des Projekts D14 soll eine Selbstbedienungslösung zur Beantragung von Identitätsdokumenten im Bürgeramt eingeführt werden. Dadurch soll eine schnellere Antragbearbeitung bei der Ausstellung von Personalausweisen, Reisepässen und Führerscheinen erreicht werden (siehe auch Maßnahmenvorblatt und Projektskizze).

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist  
 beigefügt.

**Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit**

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 Abs. 2 LHO werden die Mittel nunmehr auf die Personalhaushaltsstellen der Ressorts und in den Produktplan 96 IT-Budget der FHB (konsumtive und investive Mittel ohne Personal) verlagert.

**Zustimmung**

Produktgruppenverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

ja

nein, nicht erforderlich

Deputationen:

ja

nein, wird mündlich vorgetragen

Dep. für Inneres

An die Senatorin für Finanzen  
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.  
Im Auftrag

**Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)**

Anlage zur Vorlage :

Datum :

Stand: 27.11.2017

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

I0107210 Self-Service-Terminals (D14)

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit  einzelwirtschaftlichen  
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung  Barwertberechnung  Kosten-Nutzen-Analyse  
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse  ÖPP/PPP Eignungstest  Sensitivitätsanalyse  Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): 2 Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Einführung Self-Service-Terminals	1
2	Keine Einführung	2
n		

**Ergebnis**

**Darstellung der monetären Wirtschaftlichkeit, soweit möglich. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).**

**Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 79 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 87 gemäß WiBe 5.0 (Beide > 50 Punkte) bedeutet, dass die IT-Maßnahme durchgeführt werden kann (Alternative 1).**

Weitergehende Erläuterungen

--

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.03.2020	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Betriebseinführung Self-Service-Terminals	Datum	31.12.2019
2			
3			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO:  die Schwellenwerte werden nicht überschritten /  
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremsischen  
Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

**Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Self-Service-Terminal" 1)**

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
in €				
<b>Projektkosten (konsumtiv)</b>				
Kosten Dienstleistungen Dataport	20.000	10.000		30.000
Miete SB-Terminals und Netzwerkanbindung, Server	74.000	53.500		127.500
				0
				0
				0
<b>Projektkosten (investiv)</b>				
				0
				0
				0
<b>Projektkosten insgesamt</b>	<b>94.000</b>	<b>63.500</b>		<b>157.500</b>
in €				
<b>Betriebskosten</b>				
Technischer Betrieb			53.500	0
Betrieb und Lizenzen	0	0	10.000	0
<b>Betriebskosten insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>63.500</b>	<b>0</b>

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Self-Service-Terminals" 1)

	Gewichtung		Bewertung	Punktzahl	Begründung
<b>Qualitativ strategische Bedeutung</b>					
1	10	8	80	Verfahren iKFZ (KFZ-Angelegenheiten)	
2	10	6	60	Ausbau für die Verfahren für Führerscheinewesen, Passangelegenheiten	
3	10	6	60	Plattform-/Herstellernunabhängigkeit	
4	15	10	150	Wegfall von biometrischen Daten und Passfotos durch den Sachbearbeiter	
5	15	10	150	Schnellere Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen	
6	5	8	40	identische Daten für mehrere Fachverfahren	
7	5	10	50	positive Auswirkung bei einer hohen Zahl von Kunden	
8	15	6	90	Transparenz bei der Sachbearbeitung einzelner Fälle	
9	10	8	80	Wegfall von mehrfach Aufrufen von Kunden	
10	5	5	25		
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>77</b>	<b>785</b>		
<b>Ergebnis WiBe Q</b>			<b>79</b>		
<b>Externe Effekte</b>					
A				antragstellende Bürger	
B				schnellere Antragsbearbeitung und Ausstellung von Dokumenten	
C					
D				häufige Nutzung der Self-Service-Terminals (ca. > 50%)	
1	10	10	100	Schnellere rechtssichere Bearbeitung für einen grossen Kundenkreis des Bürgeramts	
2	10	8	80	Einheitlicher Erfassungscient für den Kunden	
3	5	10	50	mehrsprachiger Zugang zur Erfassung von biometrischen Daten	
4	5	6	30	Mehrsprachigkeit des Self-Service Terminals	
5	10	10	100	kein Informations-, sondern Teil eines Antragsverfahren	
6	25	8	200	kein monetärer Nutzen, sondern kurze Verwaltungswege	
7	10	10	100	reduzierte Wartezeiten für Kunden	
8	10	10	100	Nutzung für weitere Fachverfahren möglich	
9	5	2	10		
10	10	10	100		
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>84</b>	<b>870</b>		
<b>Ergebnis WiBe E</b>			<b>87</b>		

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

## Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b> Elektronische Kfz-Zulassung i-KFZ (Stufe 3)		<b>Lfd. Nr. D16 der Liste</b>	
<b>Zielgruppe:</b> Bürger*innen, Kfz-Händler, Sachbearbeiter*innen der Zulassungsstelle			
<b>Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?):</b> Die Erst-Zulassung eines Kfz muß internetbasiert abgewickelt werden können. Die Wartezeiten in der Zulassungsstelle sollen dadurch reduziert werden.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Internet-Anträge in der Kfz-Zulassung	Anzahl	< 100	> 500
Reduktion der Wartezeit in der Zulassungsstelle	Tage	5	10
<b>Programm / Produkt (Was wird angeboten?):</b> Bundesverfahren i-KFZ zusammen mit Governikus, Giropay			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
<b>Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?):</b> Die bundeseinheitlich entwickelte Software i-KFZ wird auf dem Server eines Dienstleisters online geschaltet			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Vorlage Vorstudie (Bedarfsermittlung, Konzepte)	Datum	n. n.	
Umsetzung durch Produktivbetrieb (Termine sind abhängig von den Vorgaben der Bundesgesetzgebung)	Datum	n. n.	

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	T€	T€
Personal-Stellen	0 VZÄ	0 VZÄ	0 VZÄ	0 VZÄ

Konsumtiv	30	T€	26,8	T€	30	T€	26,8	T€
Investiv		T€		T€		T€		T€
Bremerhaven		T€		T€		T€		T€

**Beigefügte Unterlagen:**

Projektbeschreibung/-auftrag	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Zeitplan	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
WU-Übersicht	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Antrag auf Nachbewilligung	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
<a href="#">Klicken Sie hier, um Text einzugeben.</a>	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
<a href="#">Klicken Sie hier, um Text einzugeben.</a>	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

## Senator für Inneres (Bürgeramt)

### Projektskizze

Projektnummer	Projekttitel / Bezeichnung
D16	Ausbau der internetbasierten Kfz-Zulassung (i-Kfz) - Stufe 3 -

Projektkurzbeschreibung
Die internetbasierte KFz-Zulassung (i-KFZ) ist Projekt, das eine stufenweise Einführung (1. Außerbetriebsetzung, 2. Wiedenzulassung, 3. Neuzulassung) vorsieht, um den Service für die Kunden (Bürger, Kfz-Händler) zu verbessern und die Kfz-Zulassungsstellen zu entlasten. Dieses Projekt soll die durch die Bundesgesetzgebung vorgeschriebene letzte (dritte) Stufe in Bremen umsetzen.

### 1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: 12. September 2017, Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice  Bundesverkehrsministerium Änderung des Straßenverkehrsgesetzes (§6g), Fahrzeugzulassungsverordnung (Abschnitt 2a)
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Senator für Inneres
Projektleitung (falls schon benannt)
Senator für Inneres, Ref.10
Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)
Bürgeramt Ref.Ltg. 21 (Kfz-Zulassung)

<b>Projektbeginn</b>	Noch nicht bekannt, Start erfolgt durch Änderung der Bundesgesetzgebung in 2018 oder 2019
----------------------	---

<b>Projektende (geplant)</b>	Noch nicht bekannt, wird durch Bundesgesetzgebung vorgegeben
----------------------------------	--

## 2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

### Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch  
a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c) einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

### Ausgangslage für das Projekt

*Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?*

Es wurden bereits die Stufen 1 (Außerbetriebsetzung ab 2016) und 2 (Wiederzulassung ab September 2017) im Rahmen der Digitalisierung des Fahrzeugzulassungswesens realisiert. In der Stufe 3 soll die erstmalige Zulassung von Kfz ermöglicht werden (Fahrzeugzulassungsverordnung - FZV). In den Stufen 1+2 wurden bereits Rahmenbedingungen auch für die Stufe 3 realisiert (IT-Services De-Mail, E-Payment, Software i-KFZ). Ein Termin für die Stufe 3 besteht noch nicht, es ist aber mit der bundesweiten Einführung in 2018 oder 2019 zu rechnen.

### Projektziele, Maßnahmen

*Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.*

<b>Projektziele</b>
Projektziel 1: Elektronische Kfz-Zulassung über das Internet (Erstanmeldung)
<b>Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?</b>
Maßnahmen zum Projektziel 1: Umsetzung mit der bundeseinheitlichen Software i-KFZ

### Nicht-Auftrag

*Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?*

## 3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket	Meilensteine	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Welche groben Schritte oder	(= messbares Zwischenergebnis,	



Arbeitspakete sind vorgesehen?	definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	
	<b>M 1</b> Anforderungsqualifizierung und Anforderungsbearbeitung	25 %
	<b>M 2</b> Technische Umsetzung und Test	25%
	<b>M 3</b> Organisatorische Umsetzung (Roll-Out)	50 %
Aufwand Gesamt:		57.800 €

Ressource	Budget (geschätzt)
<b>Personal</b>	
<b>Ausstattung</b>	
<b>Sachkosten</b>	
SW-Kosten Modul "Erstzulassung" und Kosten für die Einbindung in das Verfahren bestehende Verfahren iKFZ	57.800
<b>Sonstige</b>	

### Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

siehe Anlage WiBe.

### Berichtswesen

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Im Projekt berichtet die Projektleitung an eine Entscheidungsinstanz zum Projektfortschritt und stellt die Projektergebnisse zur Abnahme vor.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

Anette Schwier (Bürgeramt, Abt.2 -Straßenverkehrsangelegenheiten-)

---

**A**

Die Senatorin für Finanzen  
- Bewirtschaftung durch Bürgeramt -

Herr Heide  
9033  
Bremen, 04.Dez  
2017

öffentlich  nicht öffentlich

**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld  
Digitale Verwaltung und Bürgerservice**

**Haushalt der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) 2018**

**Produktgruppe: 96.02.01** IT/E-Government-Budget der FHB

**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	3950.539 52-5	950	51	Sachausgaben Projekt D16 - Einführung einer internet-basierten Kfz-Zulassung - Handlungsfeld Digitalisierung	30.000 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	0,00
92.31.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	30.000,00

**Personaldaten:**

**zu Stellenverlagerungen** ( vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

**Leistungsziele/-kennzahlen:**

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

# A

**Sonstige Anmerkungen:  
Kurzbeschreibung der Maßnahme**

Im Rahmen des Projekts D16 soll die vollständige internetbasierte Kraftfahrzeugzulassung eingeführt werden. Es wurden bereits die Stufen 1 (Außerbetriebsetzung, ab 2016), und 2 (Wiederzulassung, ab Sep. 2017) realisiert. In der Stufe 3 soll nunmehr auch die durch bundesgesetzliche Vorgaben vorgeschriebene erstmalige Zulassung von Kraftfahrzeugen internetbasiert ermöglicht werden (siehe auch Maßnahmenvorblatt und Projektskizze).

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist  
 beigefügt.

**Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit**

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 Abs. 2 LHO werden die Mittel nunmehr auf die Personalhaushaltsstellen der Ressorts und in den Produktplan 96 IT-Budget der FHB (konsumtive und investive Mittel ohne Personal) verlagert.

**Zustimmung**

Produktgruppenverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

ja

nein, nicht erforderlich

Deputationen:

ja

nein, wird mündlich vorgetragen

Dep. für Inneres

An die Senatorin für Finanzen  
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.  
Im Auftrag

**Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)**

Anlage zur Vorlage :

Datum :

Stand: 27.11.2017

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

I0107220 Internetbasierte Kfz-Zulassung i-KFZ - Stufe 3 - (D12)

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit  einzelwirtschaftlichen  gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung  Barwertberechnung  Kosten-Nutzen-Analyse  
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse  ÖPP/PPP Eignungstest  Sensitivitätsanalyse  Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): 2 Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Internetbasierte Kfz-Zulassung i-KFZ - Stufe 3 - (gesetzlich gefordert)	1
2	Keine Umsetzung des Bundesgesetzgebung	2
n		

**Ergebnis**

**Die Internetbasierte Kfz-Zulassung ist durch Bundesgesetzgebung (Straßenverkehrsgesetz, Fahrzeugzulassungsverordnung) gefordert.**  
**Darstellung der monetären Wirtschaftlichkeit, soweit möglich. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).**  
**Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 70 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 56 gemäß WiBe 5.0 (Beide > 50 Punkte) bedeutet, dass die IT-Maßnahme durchgeführt durchgeführt werden kann (Alternative 1).**

Weitergehende Erläuterungen

[Empty box for further explanations]

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.03.2020	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Die Internetbasierte Kfz-Zulassung ist eingeführt und wird genutzt	Anträge/Jahr	> 250
2			
3			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO:  die Schwellenwerte werden nicht überschritten /  die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremsischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

[Empty box for justification]

**Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Internetbasierte Kfz-Zulassung i-KFZ (Stufe 3)" 1)** in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
<b>Projektkosten (konsumtiv)</b>				
SW-Kosten i-KFZ Stufe 3 (Erstellung u. Implementierung)	30.000	26.800	0	56.800
<b>Projektkosten (investiv)</b>				
	0	0	0	0
	0	0	0	0
<b>Projektkosten insgesamt</b>	<b>30.000</b>	<b>26.800</b>	<b>0</b>	<b>56.800</b>
<b>Betriebskosten</b>				
Technischer Betrieb			5.000	0
Betrieb und Lizenzen			5.000	0
<b>Betriebskosten insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>5.000</b>	<b>0</b>

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2). Sie ist außerdem durch Bundesgesetzgebung (Straßenverkehrsgesetz, Kraftfahrzeug-Zulassungsverordnung) gefordert.

**Tab. 2: Nutzwertanalyse "Internetbasierte Kfz-Zulassung i-Kfz-Stufe 3-"**

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
<b>Qualitativ strategische Bedeutung</b>				
1	10	10	100	hohe Bedeutung, da bundeseinheitliche Software eingesetzt wird (Auftragsverwaltung für den Bund)
2	10	10	100	Übernahme eines bundeseinheitlichen Verfahrens (i-Kfz)
3	10	8	80	Nutzung von Standard-SW: i-Kfz, Governikus
4	15	5	75	Verbesserung der Arbeitsabläufe durch Entlastung / Internetbasierte Antragstellung
5	15	6	90	Für den Kunden: Wegfall von Wartezeiten / Terminvereinbarung
6	5	10	50	Bundeseinheitliches Verfahren / System
7	5	10	50	positive Auswirkungen bei einer hohen Zahl von Kunden (Bürger, Kfz-Händler)
8	15	8	120	noch unklar, da SW-Anforderungen noch nicht definiert, aber Transparenzverbesserung zu Abläufen wahrscheinlich
9	10	3	30	Entlastung der Sachbearbeiter vom Kundenbetrieb / Unzufriedenheit bei langen Wartezeiten
10	5	0	0	keine Qualifikationserweiterung, da internetbasierte Antragstellung der Stufe 1 und 2 bereits realisiert
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>70</b>	<b>695</b>	
<b>Ergebnis WiBe Q</b>			<b>70</b>	

**Externe Effekte**

A.	Wer sind meine Kunden?	Kunden der Kfz-Zulassung des Bürgeramtes sind Bürger und Kfz-Händler (für die Stufe 3 Personen mit Erstzulassungswunsch)		
B.	Was wollen meine Kunden?	Schnelle Bearbeitung, keine Wartezeiten, Antragstellung von Zuhause aus		
C.	Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?	In der Regel PC mit Internetzugang		
D.	Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?	Für Stufe 3 (Erstzulassung) ca. 25.000 Vorgänge jährlich		
1	Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	8	80	Schnellere und rechtssichere Bearbeitung für den grossen Kundenkreis des Migrationsamtes
2	Realisierung eines einheitlichen Zugangs	6	60	bundeseinheitlicher Zugang zum Verfahren i-Kfz
3	Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	25	einheitlicher Zugang zum bundeseinheitlichen Verfahren i-Kfz
4	Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	8	40	SW-gestützte Hilfefunktionen/Fehlermeldungen/Plausikontrollen
5	Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	8	80	elektronisches Antragssystem stellt dem SB die Daten online zur Verfügung
6	Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	4	100	kein monetärer Nutzen, aber deutliche Reduzierung der Antragszeit
7	Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	8	80	keine persönlichen Wartezeiten mehr
8	Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	5	50	deutliche Verbesserung des DL-Angebots der Behörde für viele Kunden (Online-Anträge)
9	Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	8	40	keine Nachnutzung, das Projekt nutzt selbst Vorleistungen anderer Projekte (z.B. Governikus, Giropay)
10	Nachnutzung von Projektergebnissen	0	0	
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>60</b>	<b>555</b>	
<b>Ergebnis WiBe E</b>			<b>56</b>	

=&gt; IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

## Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b> Schmutzdatennetzwerk zur Archivierung und Auswertung von digitalen Beweismitteln		<b>Lfd. Nr. D 19 der Liste</b>	
<b>Zielgruppe:</b> Staatsanwaltschaft und Polizei Bremen			
<b>Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?):</b> Aufbau eines professionell betriebenen Schmutzdatennetzwerkes zur revisionssicheren Aufbewahrung von digitalen Beweismitteln (z.B. aus Boston-Infrastruktur) für Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft und Polizei Bremen inkl. zentrales Management für Beschaffung und Betrieb der Infrastruktur und Software; Konsolidierung des im K 15 betriebenen Netzwerkes durch Dataport / ZTD Bremen			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Schmutzdaten können beweissicher ausgewertet werden	ja,nein	ja	ja
Daten können aus der BKA Cloud geladen werden	ja,nein		ja
<b>Programm / Produkt (Was wird angeboten?):</b> Digitales Beweismittelarchiv/ Digitale Aufbereitungs- und Auswerteumgebung für Polizei und Staatsanwaltschaft und Gerichte			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Wirkbetrieb lokal	ja, nein	ja	ja
Wirkbetrieb mit BKA	ja, nein	nein	ja
<b>Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?):</b> Einrichtung eines Projektes; Zuweisung an einen Dienstleister (Dataport oder BKA)			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Netzaufbau	Datum	31.12.2018	
Rahmenvertrag BKA	Datum		Q2 2019
Vorbereitung Übergabe an Alltagsorganisation	Datum		Q3 2019



Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	T€	T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	VZÄ	VZÄ
Konsumtiv	200 T€	178,9 T€	200 T€	178,9 T€
Investiv	T€	T€	T€	T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€

**Beigefügte Unterlagen:**

Projektbeschreibung/-auftrag	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Zeitplan	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
WU-Übersicht	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Antrag auf Nachbewilligung	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
<a href="#">Klicken Sie hier, um Text einzugeben.</a>	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
<a href="#">Klicken Sie hier, um Text einzugeben.</a>	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

## Projektskizze

Projektnummer	Projekttitle / Bezeichnung
	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel
D 19	Schmutzdatennetzwerk zur Archivierung und Auswertung von digitalen Beweismitteln die u.a. in der Boston-Infrastruktur oder bei der Sicherstellung von digitalen Daten (PC, Smartphone, Soziale Netzwerke) generiert werden

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes.
Aufbau eines professionell betriebenen Schmutzdatennetzwerkes zur reversionssicheren Aufbewahrung von digitalen Beweismitteln für Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft und Polizei Bremen inkl. zentrales Management für Beschaffung und Betrieb der Infrastruktur und Software; Konsolidierung des im K 15 betriebenen Netzwerkes durch Dataport / ZTD Bremen

### 1. Geplante Projektstruktur

<b>Auftraggeber</b>
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: 12. September 2017, Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
<b>Verantwortliche Dienststelle (Federführung)</b>
Senator für Inneres
<b>Projektleitung (falls schon benannt)</b>
Polizei Bremen, K15, Hr. Abeln
<b>Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)</b>
Vorplanung bei Dataport Frau Sieling

<b>Projektbeginn</b>	01.02.2018
<b>Projektende (geplant)</b>	31.12.2019

## 2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

### Leitziel

Sicherstellung der Aufbewahrung und Auswertung von digitalen Beweismitteln durch a) Aufbau einer revisionssicheren Archivierung, b) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c) einen funktionierenden Service im Bereich der Datenhaltung

### Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Die im K 15 betriebene Infrastruktur (insbesondere der ca. 7 Jahr alte Fileserver) produziert hohe Ausfallzeiten. Die Redundanz der Daten konnte mitterlerweile durch die Einrichtung einer vorläufigen Backuplösung gesichert werden, entspricht aber nicht den Vorgaben. Der Lebenszyklus der Serverhard- und Software ist weit überschritten, so dass Wartungsverträge nicht mehr angeboten werden. Ein Komplettausfall und damit Totalverlust relevanter digitaler Beweismittel für noch laufende Ermittlungs- und Gerichtsverfahren kann nicht mehr ausgeschlossen werden. Die Betreuung des aktuellen Schmutzdatennetzwerkes wird aktuell ohne offizielle Aufgabenzuweisung im GVP durch Sachverständige IT-Forensik des K 15 gewährleistet. Das notwendige Knowhow kann rechtlich nur von ZTD oder Dataport mit einer entsprechend aufgebauten Infrastruktur vorgehalten werden.

### Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

#### Projektziele

Projektziel 1: Die Polizei Bremen verfügt über ein revisionssicheres Schmutzdatennetzwerk

Projektziel 2 Anschluss an eine beim BKA vorhandene Infrastruktur

Projektziel 3 (optional):

Bei Bedarf weitere Projektziele einfügen)

#### Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?

Maßnahmen zum Projektziel 1: Aufbau einer revisionssicheren Infrastruktur durch Dataport

Maßnahmen zum Projektziel 2: Rahmenvereinbarung mit dem BKA

Maßnahmen zum Projektziel 3:

Bei Bedarf weitere Maßnahmen zu weiteren Projektzielen einfügen.

### Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

### 3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	Aufwand in % des Gesamtvolumens
	<b>M 1</b> Start des Projektes am 01.02.2018	
	M 2 Aufbau einer Infrastruktur 2018	
	M3 Rahmenvertrag BKA 2019	
	M 4 Vorbereitungen Alltagsbetrieb 2019	
	<b>M5</b> Projektende 31.12.2019	
Aufwand Gesamt:		

Ressource	Budget (geschätzt)
<b>Personal</b>	
Projektleitung Polizei Bremen	
<b>Ausstattung</b>	
<b>Sachkosten</b>	

Technische Umsetzung	200.000 € 2018 178.900 € 2019
<b>Sonstige</b>	

### **Wirtschaftlichkeit**

Die qualitativen Begründungen werden im Anhang dargestellt.

### **Berichtswesen**

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Die Projektleitung berichtet quartalsweise (Status, Sachstand, Zeitmanagement) oder anlassbezogen (Risikoerhöhung oder -eintritt) dem Senator für Inneres.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

Herr Abeln, LKA Bremen, K 15

**A**

Die Senatorin für Finanzen  
 - Bewirtschaftung durch Polizei Bremen -

Herr Heide  
 9033  
 Bremen, 04.Dez  
 2017

öffentlich  nicht öffentlich

**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld  
 Digitale Verwaltung und Bürgerservice**

**Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018**  
**Produktgruppe: 96.01.01 IT/E-Government-Budget der FHB**

**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	0950.539 49-6	950	034	Sachausgaben Projekt D19 - Archivierung und Auswertung von digitalen Beweismitteln - Handlungsfeld Digitalisierung	200.000 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	200.000,00
92.31.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	0,00

**Personaldaten:**

**zu Stellenverlagerungen** ( vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

**Leistungsziele/-kennzahlen:**

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

# A

**Sonstige Anmerkungen:  
Kurzbeschreibung der Maßnahme**

Im Rahmen des Projekts D19 soll ein professionell betriebenes Schmutzdatennetzwerk zur revisions sicheren Aufbewahrung von digitalen Beweismitteln für Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft und der Polizei Bremen inklusive einem zentralen Management für die Beschaffung und den Betrieb der Infrastruktur und der Software aufgebaut werden (siehe auch Maßnahmendatenblatt und Projektskizze).

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist  
 beigefügt.

**Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit**

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 Abs. 2 LHO werden die Mittel nunmehr auf die Personalhaushaltsstellen der Ressorts und in den Produktplan 96 IT-Budget der FHB (konsumtive und investive Mittel ohne Personal) verlagert.

**Zustimmung**

Produktgruppenverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

ja

nein, nicht erforderlich

Deputationen:

ja

nein, wird mündlich vorgetragen

Dep. für Inneres

An die Senatorin für Finanzen  
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.  
Im Auftrag

**D 19 / D 38 : Schmutzdatennetzwerk**

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19	in €
Projektkosten Umsetzung mit Dataport	200.000	178.900	0	378.900	0
<b>Projektkosten insgesamt</b>	<b>200.000</b>	<b>178.900</b>	<b>0</b>	<b>378.900</b>	<b>0</b>
<b>Betriebskosten Dataport oder BKA</b>					
Technischer Betrieb			300.000		0
Betrieb und Lizenzen					
<b>Betriebskosten insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>300.000</b>	<b>300.000</b>	<b>378.900</b>

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).



**D 19 / D 38 Schmutzdatennetzwerk Polizei Staatsanwaltschaft**

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
<b>Qualität strategische Bedeutung</b>				
1 Bedeutung für die IT-Strategie der Polizei	10	4	40	
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	5	0	0	
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	6	60	
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	8	120	
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	8	120	
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	6	30	
7 Imageverbesserung	10	6	60	
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	7	105	
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	6	60	
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	8	40	
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>59</b>	<b>635</b>	
<b>Ergebnis WiBe Q</b>			<b>64</b>	

**Externe Effekte**

- A. Wer sind meine Kunden?  
Bürger, Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichte,
- B. Was wollen meine Kunden?  
Moderne, sichere und fehlerfreie Sicherung und Archivierung von beweiserheblichen persönlichen digitalen Daten in Strafverfahren und Terrorlagen
- C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?  
Digitale Medien aller Art (Smartphone, PC, Laptop, Soziale Netzwerke, öffentliche und private Medien)
- D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?  
Starke Zunahme / Akzeptanz bis hin zur Standardübermittlung, Sicherung, Aufbereitung und Auswertung von digitalen Daten über die Boston-Infrastruktur für Polizei, Gerichte und andere behördliche Bedarfsträger

1 Dringlichkeit aus Nachfrage(Intensität)	10	10	100	Altsystem kann die sichere Archivierung von digitalen Beweismitteln nicht mehr gewährleisten.
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	6	60	
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	8	40	
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	4	20	
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	6	60	
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	6	150	
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	8	80	
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	6	60	
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	8	40	
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	2	20	
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>64</b>	<b>630</b>	
<b>Ergebnis WiBe E</b>			<b>63</b>	

**Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)**

Anlage zur Vorlage : D 19 / D 38 Schmutzdatennetzwerk

Datum : 28.11.17

Stand: 24.11.2017

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Schmutzdatennetzwerk - Sichere Bearbeitung digitaler Beweismittel

**Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit**  **einzelwirtschaftlichen**  
 **gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen**

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung  Barwertberechnung  Kosten-Nutzen-Analyse  
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse  ÖPP/PPP Eignungstest  Sensitivitätsanalyse  Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung: 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): 2 Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Aufbau eines Schmutzdatennetzwerk	1
2	Verzicht auf den Aufbau eines Schmutzdatennetzwerks	2
n		

**Ergebnis**

**Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer/keiner erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).**

**Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 64 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 63 gemäß WiBe 5.0 (Beide > 50 Punkte) bedeutet, dass die IT-Maßnahme durchgeführt werden kann (Alternative 1).**

Weitergehende Erläuterungen

Das Schmutzdatennetzwerk ist im Prinzip das vorzuhaltende Archiv von digitalen Beweismitteln für die Dauer eines Strafverfahrens. Die unsachgemäße Lagerung oder der Verlust dieser Daten kann zur Einstellung von Gerichtsverfahren und Entlassung von Beschuldigten aller Phänomenbereiche führen.

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.03.2020	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Schmutzdatennetzwerk ist revisionssicher im Betrieb	Ja/nein	Ja
2	Eine Rahmenvereinbarung mit BKA ist geschlossen	Ja/nein	Ja
3	Einhalten der Terminplanung	Ja/nein	Ja

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO:  die Schwellenwerte werden nicht überschritten /  
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

## Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b> Sicherheitsrelevante Digitalisierungsprojekte (PIAV, Laborinformationssystem, Datawarehouse, Olmera)		<b>Lfd. Nr. D 38 der Liste</b>	
<b>Zielgruppe:</b> Verwaltung, Bürger			
<b>Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?):</b> Klicken Sie hier, um Text einzugeben.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
I			
<b>Programm / Produkt (Was wird angeboten?):</b> PIAV, Laborinformationssystem, Datawarehouse, Olmera			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
PIAV Stufe 3	%	50	100
Laborinformationssystem	%	50	100
Betrieb von Olmera	%	100	100
Datawarehouse	%	0	0
<b>Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?):</b> Klicken Sie hier, um Text einzugeben.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	T€	T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	VZÄ	VZÄ
Konsumtiv	630 T€	563,5 T€	630 T€	563,5 T€

Investiv	200 T€	T€	200 T€	T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€

**Beigefügte Unterlagen:**

Projektbeschreibung/-auftrag

 ja nein

Zeitplan

 ja nein

WU-Übersicht

 ja nein

Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse

 ja nein

Antrag auf Nachbewilligung

 ja nein ja nein

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

 ja nein

## Senator für Inneres

### Projektskizze

Projektnummer	Projekttitle / Bezeichnung Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel
D38	Sicherheitsrelevante Projekte der Polizei Bremen

<b>Projektkurzbeschreibung</b> Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes.
<p>Dieses Projekt ist der Mantel für mehrere Digitalisierungsprojekte der Polizei Bremen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Schaffung einer Datenbasis für operative und strategische Auswertungen zur Unterstützung der Kriminalitätsbekämpfung und -vorbeugung mittels eines Bund-/Länder-Verbundes (Polizeilicher Informations- und Analyseverbundes PIAV)</li> <li>• Aufbau eines Kriminaltechnik-Vorgangsverwaltungssystem mit dazugehörigem Laborinformationsmanagementsystem (KT-VVS/LIMS) zur Erfassung und Bearbeitung von KT-Untersuchungsanträgen bzw. -aufträgen zur Spurensicherung und der damit verbunden abteilungsübergreifenden Vorgangsverwaltung. Aufgrund von Schnittstellen zu Fachverfahren soll eine medienbruchfreie Dokumentation und Datennutzung gewährleistet werden. Das LIMS als Aufbaumodul bindet sämtliche Laborprozesse und -geräte im Fachbereich DNA-Analytik mit in das System ein und gewährleistet auch hier eine lückenlose Dokumentation der Arbeitsprozesse</li> <li>• Einführung einer technischen Lösung – Datawarehouse-Technologie / BI – bei den Polizeien im Land Bremen zur Verbesserung der Qualität, der Verfügbarkeit und des Nutzwertes verkehrs- und kriminalpolizeilicher Daten unter sachgerechter Berücksichtigung hoher IT-Sicherheitsstandards, datenschutzrechtlicher Vorgaben sowie enger materieller und personeller Ressourcengrenzen</li> <li>• Aufgrund bundesgesetzlicher Vorgaben sind die Landesmeldebehörden verpflichtet einen automatischen Zugriff auf Meldedatenbestände für Sicherheitsbehörden einzurichten und vorzuhalten</li> </ul>

### 1. Geplante Projektstruktur

<b>Auftraggeber</b>
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: 12. September 2017, Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
<b>Verantwortliche Dienststelle (Federführung)</b>
Senator für Inneres

<b>Projektleitung</b> (falls schon benannt)
<b>Teilprojektleitungen</b> (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)

<b>Projektbeginn</b>	26.01.2018
<b>Projektende (geplant)</b>	31.12.2019

## 2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

### Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch  
a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c) einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

### Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

#### Teilprojekt 1 (PIAV)

Auf Grund qualitativer und quantitativer Mängel im Datenbestand des bestehenden kriminalpolizeilichen Meldewesens sowie eines schlechten Aufwand-Nutzen-Verhältnisses, werden die Ziele des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes und der Sondermeldedienste

- Erkennen von Tat- und Täterzusammenhängen anhand des Modus Operandi, der Informationen zum Täter oder anderer tat- und täterbezogenen Umfelddaten
- Identifizierung unbekannter Täter
- Erkennen von (neuen) Kriminalitätsphänomenen mit länderübergreifender, bundesweiter oder internationaler Relevanz sowie von geografischen oder zeitlichen Kriminalitätsbrennpunkten

nur bedingt erreicht. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen

- die Inaktualität der KPMD-Richtlinien,
- ein schlechtes Aufwand-Nutzen-Verhältnis,
- ein unzureichendes Meldeverhalten,
- eine mangelnde Qualität der Meldungen,
- ein hoher länderübergreifender Kommunikationsaufwand und
- eine notwendige Mehrfacherfassung,
- fehlende Verbundanwendungen,

- geringe Flexibilität bei neuen Phänomenen,
- eine Zergliederung der Datenbestände und
- fehlende dateiübergreifende Recherchemöglichkeiten

### Teilprojekt 2 (LIMS)

Derzeit wird das Vorgangsverwaltungssystem ADAM in mehreren Referaten der Abteilung K 1 - Zentrale Ermittlungsunterstützung sowie dem Kriminaldauerdienst zur Erfassung und der teilweisen Bearbeitung von KT-Untersuchungsanträgen bzw. Aufträgen zur Spurensicherung angewandt. Bereits in 2014 stellt sich das vorhandene System ADAM als nicht ausreichend dar.

Problem sind

- keine effiziente und transparente Vorgangsbearbeitung, Prozessbeschleunigung durch optimierte Informationsverteilung
- Administrative Bewältigung von Massenasservaten/-daten nicht möglich
- Einmalerefassung von Datensätzen nicht möglich
- Barcode-gestützte Vorgangs- und Asservatensteuerung nicht möglich
- Durchgängige Protokollierung von Nutzeraktivitäten nicht gegeben
- rechtebezogene Datensicht (z.B. Anonymisierung) nicht gegeben
- Zukunftssicherheit durch modularen Aufbau nicht gegeben
- Keine Unterstützung von Standardschnittstellen zu Fachverfahren und Laborgeräten, dadurch medienbruchfreier Datenaustausch nicht gegeben
- Plausibilitätsprüfungen von Eingaben nicht vorhanden
- Controlling/Statistik nur rudimentär und nicht flexibel an sich entwickelnde Kennzahlen anpassbar

Um die derzeitigen Anforderungen einer adäquaten Vorgangsverwaltung und –steuerung an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Referate der K 1 zu erfüllen sowie die Bedarfe der Ermittlungsdienststellen als auch der Justiz zu decken und auf zukünftige Aufgaben vorbereitet zu sein bzw. auf aktuelle Schwerpunktthemen wie die Bewältigung von Großschadensereignissen flexibel reagieren zu können, wird die Beschaffung eines KT-Vorgangsverwaltungssystems durch die K 1 vorbereitet.

- Mehrfacherfassung (Bsp.: DNA-Vorgänge Eingangsstelle K 12) von ca. 20.000 Datensätzen / Jahr
- Bearbeitungsrückstände von mehreren Mon. aufgrund der durchgängigen und akkreditierten Nachweisführung der Untersuchungen in Papierform
- Mehrfache Medienbrüche
- ggf. Beeinträchtigungen der Funktionalität bei Umstellung des derzeitigen veralteten VVS `ADAM` auf nächste Windows Versionen
- keine lückenlose Dokumentation der Vorgangsbearbeitung in der K 1

### Teilprojekt 3 (Datawarehouse)

Als Folge der Einführung des neuen Vorgangsbearbeitungssystems (VBS) @rtus bei den Polizeien im Land Bremen im Jahre 2014 lassen sich Anforderungen zur operativen und strategischen Kriminalitätsanalyse nicht, ohne z.T. erhebliche Einschränkungen im Bereich Datenqualität und Datenverfügbarkeit in Kauf zu nehmen, ressourcenschonend umsetzen.

Trotz fachlicher Bemühungen, auf Basis der veränderten Möglichkeiten ein weitgehend aussagekräftiges Lagebild zu erarbeiten, hinken die bisherigen Ergebnisse weit hinter den Erwartungen bei Einführung des VBS @rtus hinterher.

Aktuelle Bund/Länder-Programme zur IT-Harmonisierung und Datenvernetzung wie PIAV, Polizei 2020 und IMITAB, als Folge steigender Herausforderungen im Rahmen der Bekämpfung von Terror und organisierter Kriminalität sowie Vorgaben im Bereich IT-Sicherheit und Datenschutz erfordern eine technische Lösung, wie sie durch die Datawarehouse-Technologie zur Verfügung gestellt wird, um bei engen materiellen und personellen Ressourcengrenzen den Anforderungen an eine qualifizierte Datenverarbeitung zukunftssicher gerecht zu werden.

#### Teilprojekt 4 (Olmera)

Die Landesmeldebehörde ist verpflichtet für Sicherheitsbehörden ihre Meldedaten bundesweit automatisch abrufbar zu machen.

#### **Projektziele, Maßnahmen**

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

<b>Projektziele</b>
<p>Projektziel 1: Technische und organisatorische Realisierung der PIAV- Stufen 3 auf Teilnehmerseite Bremen, Aufnahme des Wirkbetriebs der dritten Stufen in Abstimmung mit dem Gesamtprogramm PIAV (BKA). Mit PIAV sollen der Informationsfluss von der Basisdienststelle bis zu den Zentralstellen strukturiert und optimiert sowie umfangreiche zeitaufwändige Mehrfacherfassungen in unterschiedlichen IT-Systemen und Medienbrüche weitgehend reduziert werden. PIAV soll unter Beachtung der vom AK II bestätigten strategischen Leitlinien für die konzeptionelle Weiterentwicklung von INPOL zur durchgängigen Einmalerfassung und Mehrfachnutzung von Daten die Informationsbasis quantitativ und qualitativ wesentlich verbessern sowie die operative Auswertung in Bund und Ländern erheblich erleichtern und deren Möglichkeiten fördern.</p> <p>Projektziel 2: Durch den Aufbau einer medienbruchfreien Vorgangsverwaltung in der Kriminaltechnik der Abteilung K 1 (LIMS) die derzeitigen Anforderungen an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der involvierten Referate zu erfüllen und auf zukünftige Aufgaben vorbereitet zu sein bzw. auf aktuelle Schwerpunktthemen flexibel reagieren zu können.</p> <p>Projektziel 3: Strukturierte Aufarbeitung und Bereitstellung von VBS @rtus -Daten in der Auswertedatenbank mit der Gewährleistung einer hohen Verfügbarkeit</p> <p>Projektziel 4: Olmera ist eingeführt und die Meldedaten können automatisiert von Sicherheitsbehörden bundesweit abgerufen werden.</p>
<b>Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?</b>
<p>Maßnahmen zum Projektziel 1: Vollständige technische und organisatorische Realisierung des PIAV bei der Polizei Bremen.</p> <p>Maßnahmen zum Projektziel 2: Beschaffung eines KT-Vorgangsverwaltungssystem mit dazugehörigem Laborinformationsmanagementsystem DNA-Analytik (KT-VVS/LIMS) und Einführung in allen Referaten der Abteilung K 1 mit einer bidirektionalen Schnittstelle zum polizeilichen Vorgangsbearbeitungssystem @rtus.</p>



Maßnahmen zum Projektziel 3: Konzeption und Einrichtung einer Auswerte-Datenbank und Aufbau einer Datawarehouse-Technologie

Maßnahmen zum Projektziel 3: Einführung und Sicherstellung eines Online-Zugriffs auf die bremischen Meldebestände durch Sicherheitsbehörden bundesweit

### Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

. / .

### 3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Zurverfügungstellung der Olmera-Datenbank	<b>M1</b> Möglichkeit der bundesweiten automatisierten Abfrage der Melde- daten durch Sicherheitsbehörden 31.06.2018	5%
Einrichten einer Auswerte- Datenbank aus @rtus als Vor- stufe zur Datawarehouse-DB	<b>M2</b> Arbeitsfähigkeit einer Auswerte- Datenbank aus @rtus 31.12.2018	10%
Leistungsbeschreibung und Ausschreibung LIMS	<b>M3</b> Beschaffungsentscheidung und Vertragsunterzeichnung mit Liefe- ranten des LIMS 31.3.2019	5%
Installation LIMS, Schnittstel- lenerstellung, Abnahmetest, Schulung	<b>M4</b> Installation LIMS 31.3.2019	5%
Umsetzung PIAV Stufe 3	<b>M5</b> Wirkbetrieb PIAV Stufe 3 31.6.2019	35%
Aufbau einer Datawarehouse- Technologie und moderner BI- Lösungen	<b>M6</b> Arbeitsfähigkeit moderner BI- Lösungen 31.12.2019	40%
<b>Aufwand Gesamt:</b>		100%

Ressource	Budget (geschätzt)
<b>Personal</b>	
<b>Ausstattung</b>	
Geräteausstattung	200.000 €
<b>Sachkosten</b>	
Beratungsleistung über Dataport-Rahmenvertrag	100.000 €
Technische Realisierung	1.083.500 €
<b>Sonstige</b>	
Dienstreisen	10.000 €

### Wirtschaftlichkeit

Darstellung der monetären Wirtschaftlichkeit, soweit möglich. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) liegt für alle vier Teilprojekte jeweils bei einer Punktzahl von über 50 gemäß WiBe 5.0. Das bedeutet, dass die IT-Maßnahme durchgeführt werden kann.

### Berichtswesen

Wem ist was, wann zu berichten?

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Das Projekt PIAV liegt in der operativen Verantwortung der D ZPD/Z4. Der Leiter Z 4, Herr Herbst, ist für die Begleitung des Projekts durch die AAO verantwortlich. Es erfolgen grundsätzlich regelmäßige und anlassbezogene Berichterstattungen gegenüber dem Leiter Z4. Ferner wird an SI quartalsweise schriftlich über den Sachstand informiert.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

Senator für Inneres, Referat 10, Frank Seeliger, 421-362-15247

**A**

Die Senatorin für Finanzen  
 - Bewirtschaftung durch SI und Polizei Bremen -

Herr Heide  
 9033  
 Bremen, 04.Dez  
 2017

öffentlich  nicht öffentlich

**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld  
 Digitale Verwaltung und Bürgerservice**

**Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018**  
**Produktgruppe: 96.01.01** IT/E-Government-Budget der FHB

**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	0950.539 47-0	950	34	Konsumtive Ausgaben Projekt D38 - Digitalisierungsmaßnahmen Polizei Bremen	530.000 €
X	0950.539 41-0	950	34	Sausgaben Projekt D38 - Bundesweite Bereitstellung von Einwohnermeldedaten (Olmera)	100.000 €
X	0950.812 45-1	950	34	Investive Ausgaben Projekt D38 - Digitalisierungsmaßnahmen Polizei Bremen	200.000 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	830.000,00
92.31.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	0,00

**Personaldaten:**

**zu Stellenverlagerungen** ( vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

**Leistungsziele/-kennzahlen:**

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

# A

## Sonstige Anmerkungen: Kurzbeschreibung der Maßnahme

Das Projekt D38 umfasst diverse Maßnahmen, die aufgrund von Verträgen bzw. gesetzlichen Vorgaben umzusetzen sind.

1. Beschaffung eines kriminaltechnischen Vorgangsverwaltungssystems mit dazugehörigem Laborinformationsmanagementsystem.

Das derzeit bei der Polizei Bremen genutzte Vorgangsverwaltungssystem ist nicht mehr ausreichend, um die Anforderungen einer adäquaten Vorgangsverwaltung und -steuerung zu erfüllen. Die Folge sind u.a. Bearbeitungsrückstände von mehreren Monaten, keine Möglichkeit einer lückenlosen Dokumentation, Mehrfacherfassungen, keine Unterstützung von Standardschnittstellen zu Fachverfahren und Laborgeräten.

2. Ausbau des bundesweiten Polizeilichen Informations- und Analyseverbunds (PIAV)

PIAV ist eine bereits jetzt gemeinsam von Bund und Ländern genutzte Verbundanwendung, an der sich auch die Polizeien des Landes Bremen beteiligen. Ziel ist es, eine qualitativ und quantitativ aussagefähige Datenbasis zur Verfügung zu stellen, die es den Polizeien in Bund und Ländern erlaubt, schnell, einfach und anwenderfreundlich die polizeilichen Erkenntnisse durch entsprechende Recherchen dateiübergreifend zu erschließen und auf Bezüge zu laufenden Ermittlungsverfahren über den eigenen Zuständigkeitsbereich bzw. das eigene Bundesland hinaus zu überprüfen. Die vollständige Realisierung von PIAV ist in mehreren Ausbaustufen (2018 = Stufe 3) vorgesehen.

3. Einführung einer Datawarehouse-Technologie/Business Intelligence bei den Polizeien im Lande Bremen  
Zur Verbesserung der Qualität, der Verfügbarkeit und des Nutzwertes verkehrs- und kriminalpolizeilicher Daten unter sachgerechter Berücksichtigung hoher IT-Sicherheitsstandards sowie datenschutzrechtlicher Vorgaben ist die Einführung der Datawarehouse-Technologie /Business Intelligence zwingend erforderlich. Aktuelle Bund/Länder-Programme zur IT-Harmonisierung und Datenvernetzung als Folge steigender Herausforderungen im Rahmen der Bekämpfung von Terror und organisierter Kriminalität erfordern eine entsprechende technische Lösung.

4. Olmera - bundesweite Bereitstellung von Einwohnermeldedaten

Aufgrund bundesgesetzlicher Vorgaben sind die Landesmeldebehörden verpflichtet, einen automatischen Zugriff auf Meldesdatenbestände für Sicherheitsbehörden einzurichten und vorzuhalten. Bremen setzt diese Vorgaben mittels der Software "Olmera" um. Das technische und fachliche Verfahrensmanagement erfolgt durch Dataport.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist

beigefügt.

## Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 Abs. 2 LHO werden die Mittel nunmehr auf die Personalhaushaltsstellen der Ressorts und in den Produktplan 96 IT-Budget der FHB (konsumtive und investive Mittel ohne Personal) verlagert.

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

ja

nein, nicht erforderlich

Deputationen:

ja

nein, wird mündlich vorgetragen

Dep. für Inneres

An die Senatorin für Finanzen  
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.  
Im Auftrag

**Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Sicherheitsrelevante Digitalisierungsprojekte" 1)**

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
in €				
<b>Projektkosten (konsumtiv)</b>				
Technische Realisierung (Beschaffung & Wartung Software)	570.000	513.500		1.083.500
Beratungsleistungen von externen (über Dataport-Rahmenvertrag)	50.000	50.000		100.000
Dienstreisen	5.000	5.000		10.000
<b>Projektkosten (investiv)</b>				
Geräteausstattung, Software	200.000			200.000
				0
				0
<b>Projektkosten insgesamt</b>	<b>825.000</b>	<b>568.500</b>	<b>0</b>	<b>1.393.500</b>
in €				
<b>Betriebskosten</b>				
Technischer Betrieb	0	0	566.000	0
Betrieb und Lizenzen	0	0	0	0
<b>Betriebskosten insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>566.000</b>	<b>0</b>

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Elektronische Vorgangsbearbeitung für schnelleren Kundenservice" 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
<b>Qualitativ strategische Bedeutung</b>				
1	10	8	80	Der Aufbau von PIAV wird mit einer Einmalbefassung und automatisierten Mehrfachnutzung von standardisierten Daten einhergehen und damit quantitativ sowie qualitativ zur hochwertigeren medienbruchfreien Datenerfassung in Deutschland beitragen.
2	10	5	50	Das bereits genutzte FBS (Bremen: PIER) wird zur stufenweisen Einführung des PIAV weitergeführt.
3	10	6	60	Anlieferungen an die oberflächenlose Datenbank des PIAV müssen dem Xpolizei-Standard entsprechen. Spezifische Soft- oder Hardwareabhängigkeit besteht nicht.
4	15	5	75	siehe 1
5	15	6	90	Ablösung eines veralteten, teilweise postalisch bedienten Meldewesens durch medienbruchfreien, automatisierten Datenaustausch.
6	5	6	30	Durch die vereinheitlichte Erfassung gleichstrukturierter Daten wird die unterschiedliche Bedienung der bisherigen Meldedienste abgelöst.
7	5	5	25	Ablösung eines veralteten, teilweise postalisch bedienten Meldewesens durch medienbruchfreien, automatisierten Datenaustausch bei gleichzeitiger Verbesserung des qualitativen und quantitativen Datenbestandes.
8	15	5	75	Der PIAV-Datenbestand liefert u. a. auch qualitative Daten für die Entscheidungsebene. Darüber hinaus wurden verschiedene Controlling-Funktionen in das zur Anlieferung genutzte VBS implementiert.
9	10	5	50	siehe 1
10	5	5	25	Durch die neue Auseinandersetzung mit den PIAV-Meldediensten erfolgt eine konkrete zum Abgleich verbesserte und bundesweite Datenerfassung. Damit gewährleistet PIAV eine aufgabenbezogene Kompetenzerweiterung.
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>56</b>	<b>560</b>	
<b>Ergebnis WiBe Q</b>			<b>56</b>	
<b>Externe Effekte</b>				
A				Alle kriminalpolizeiliche Sachbearbeiter landesintern und (bundesweit).
B				Einfache und flexible Nutzung eines IT-Systems zwecks Abgleich und Recherche im gemeinsam genutzten Datentopt der Bundesrepublik.
C				Oberflächenfreies IT-System, mit dem das Land Bremen mittels vorhandener Vorgangsbearbeitungs- und Fallbearbeitungssysteme einen Datenaustausch gewährleistet.
D				Durch die nun zeitnahe und verpflichtende Bereitstellung der entsprechenden Daten über das Polizeinetz erfolgt eine erhöhte Nutzungsintensität.
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>52</b>	<b>545</b>	
<b>Ergebnis WiBe E</b>			<b>55</b>	
1	10	6	60	Durch die derzeit schlechte Bereitstellung polizeilicher Daten im bundesweiten Bestand kommt es zu erheblichen Erkenntnisdefiziten in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung. Darüber hinaus ergibt sich eine weitere Dringlichkeit durch die bundesweite gleichzeitige und einheitliche Einführung des neuen Meldewesens.
2	10	6	60	Die Anlieferung und Recherche im bundesweiten Gesamtdatenbestand erfolgt auf standardisiertem Wege über das jeweilige Meldesystem der Polizeien.
3	5	4	20	Erhebliche Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz durch standardisierte Arbeitsabläufe.
4	5	3	15	Alle im Fachkonzept aufgeführten Hilfsfunktionen bis zum Anwendersupport sind vorhanden.
5	10	6	60	Durch die medienbruchfreie verpflichtende Anlieferung an den Bundesdatenspeicher erfolgt eine sofortige Bereitstellung und damit auch Abrufbarkeit der angelegten Daten für alle Polizeien.
6	25	6	150	Wesentliche Kostenverringerung ergeben sich aus wegfallenden Wartungs- und Pflegekosten der Altsysteme sowie Mehrgewinnkosten für Prozesse, Fortbildungen, etc. Entlastung des Sachbearbeiters durch Einmalbefassung.
7	10	4	40	Überschaubarere Anpassungsaufwände an die neuen Geschäftsprozesse sowie das Formularwesen für die Ermittlungssachbearbeitung.
8	10	5	50	In Folge der medienbruchfreien Bereitstellung und der damit verbundenen direkten Verfügbarkeit der Daten verkürzt sich die Durchlaufzeit erheblich.
9	5	6	30	Auf Grund der in PIAV implementierten Funktionen ergibt sich eine deutliche Verbesserung / Erweiterung für die gesamte Ermittlungssachbearbeitung.
10	10	6	60	Im Rahmen des Gesamtprojektablaufes werden die veralteten Meldedienste (auch anteilig für Stufe II) durch ein zeitgerechtes Meldewesen abgelöst - Ziel ist eine nachhaltige Erneuerung des Meldewesens.

=> IT-Maßnahme kann/ kann nicht durchgeführt werden

**Tab. 2: Nutzwertanalyse "KT-Vorgangsverwaltungssystem mit dazugehörigem Laborinformations-managementsystem (KT-VVS/LIMS)" 1)**

	<b>Gewichtung</b>	<b>Bewertung</b>	<b>Punktzahl</b>	<b>Begründung</b>
<b>Qualitativ strategische Bedeutung</b>				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	4	40	wichtig für einige Fachverfahren der Behörde (@rtus, aufgrund der Schnittstelle), zeitnah
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	2	20	Übernahme eines Verfahrens von externem IT-Unternehmen
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	6	60	ist gewährleistet für Hardware, Betriebssystem, Standardsoftware
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	4	60	Vereinfachung der behördeninternen Arbeitsabläufe sowie die Entlastung von Doppel- und Routinearbeiten
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	6	90	Abbau von Medienbrüchen und Vereinfachung der Arbeitsabläufe
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	4	20	Abbau von Medienbrüchen und dadurch keine Doppelarbeiten
7 Imageverbesserung	5	10	50	dauerhaft positive Wirkung bei vielen Adressaten durch Beschleunigung der Prozessabläufe
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	10	150	Kompetenz der Entscheidungsträger wird durch Informationstransparenz enorm erhöht
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	10	100	erhebliche Verbesserung in mehreren Bereichen durch Abbau von Medienbrüchen und dadurch keine Doppelarbeiten
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	4	20	Maßnahme erhöht und sichert die IT-Qualifikation
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>60</b>	<b>610</b>	
<b>Ergebnis WiBe Q</b>			<b>61</b>	
<b>Externe Effekte</b>				
A. Wer sind meine Kunden?				verwaltungsimern: Ermittlungsdienststellen Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichte
B. Was wollen meine Kunden?				Schnelle Vorgangsbearbeitung (Spurensicherung über Untersuchung Labor bis zum Gutachten), Lückenlose Dokumentation aller Arbeitsschritte und Transparenz
C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?				eigene Vorgangsbearbeitungssysteme, die über Schnittstelle bedient werden
D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?				100 %, jeder Spurensicherungsauftrag sowie Untersuchungsauftrag wird über dieses System bearbeitet und liefert den Kunden eine lückenlose Dokumentation aller Arbeitsschritte
1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	6	60	Zuverlässigkeit und Nutzerfreundlichkeit des Altsystems eingeschränkt, Verfügbarkeit des Angebotes durch redundante Systeme nicht gegeben
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	0	0	nur verwaltungsimern relevant, nicht für externe Adressaten
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	10	50	Nachvollziehbarkeit des Arbeitsablaufs, Informationen über den Sachstand und die weiteren Schritte transparent einsehbar
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	4	20	vollständige Unterstützungsfunktion, z. B. Plausibilitätsprüfungen
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	10	100	Bedarf an zeitnahen und vollständigen Informationen wird erfüllt
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	10	250	hohe Einsparung bei großem Adressatenkreis durch Prozessverkürzung, Vermeidung von Porto-, Papier-, Telefonkosten
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	8	80	geringer Anpassungsaufwand für viele Kommunikationspartner der Behörde bei Schnittstelle zu Fachverfahren
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	6	60	Verkürzung bis zu 40% der bisherigen Durchlaufzeit möglich, Vermeidung Medienbrüche, Verkürzung von Bearbeitungsschritten
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	8	40	deutliche Verbesserung des DL-Angebotes für viele Kunden, Prozessbeschleunigung, Schnittstellen
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	2	20	Schnittstellen zu Fachverfahren lassen sich für weitere Verfahren verwenden, LIMS läßt sich in andere Fachbereiche der KT übertragen, um Prozesse zu beschleunigen
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>64</b>	<b>680</b>	
<b>Ergebnis WiBe E</b>			<b>68</b>	

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

1) Hinweis: Die Bewertung erfolgt entsprechend der Kriterienkataloge der WiBe 5.0 (Anlage zum Beschluss Nr. 2015/3 des Rates der IT-Beauftragten der (Bundes-)Ressorts vom 19. Februar 2015), herausgegeben von der Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik. Die Punktevergabe ist nicht beliebig, sondern orientiert sich an den Vorgaben der WiBe 5.0, vgl. dort den Teil zur Nutzwertbetrachtung, ab S. 37). Eine Maßnahme kann danach durchgeführt werden, wenn die WiBe Q und/oder WiBe E einen Wert > 50 ergibt.

**Tab. 2: Nutzwertanalyse "Einführung einer Datawarehouse-Technologie / Business Intelligence bei den Polizeien im Land Bremen" 1)**

Qualitativ strategische Bedeutung		Bewertung		Punktzahl	Begründung
1	Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	10	100	Ohne die Einführung einer Datawarehouse-Technologie können die Polizeien im Land Bremen kurz- bis mittelfristig ihre vertraglichen (u.a. Beschlusslagen auf Bundesebene zur IT-Harmonisierung und Informationssicherung PIAV/IMITAB-Polizei2020) und datenschutzrechtlichen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Verarbeitung, Steuerung und Pflege von kriminalpolizeilichen Daten nicht mehr oder nur unter erheblichen Personaleinsatz sowie zusätzlichen Kosten für technische Ersatzlösungen gewährleisten. Darüber hinaus stehen kriminalpolizeiliche Daten aufgrund datenschutzrechtlicher Vorgaben nur zeitlich eng begrenzt zur Erstellung von operativen und strategischen Lagebildern im Vorgangsbearbeitungssystem zur Verfügung. Mit der Umsetzung des Projektes ist die Einführung einer Auswertedatenbank verbunden, die entsprechend der technischen Vorgaben Daten anonymisiert auch längerfristig vorhalten kann.
2	Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	8	80	Basissystem der kriminalpolizeilichen Daten ist das in Kooperation (Polizeien im Land Bremen/Polizei Schleswig-Holstein/Bundespolizei) entwickelte Vorgangsbearbeitungssystem VBS @rtus.
3	Plattform-/Herstellernunabhängigkeit	10	6	60	Plattformunabhängigkeit besteht weitgehend
4	Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	8	120	Mit Hilfe der Datawarehouse-Technologie werden gespeicherte Daten im Rahmen hochkomplexer technisch-automatisierter Prozesse strukturiert, aufbereitet und verfügbar gemacht. Hierdurch steigt die Qualität und die Verfügbarkeit der Daten. Dies führt zu einer erheblichen Verbesserung der Arbeitsabläufe und Arbeitsergebnisse im Bereich der Auswertung und Analyse.
5	Verkürzung der Durchlaufzeit	15	6	90	Mit Verbesserung der Verfügbarkeit sowie automatisierter Darstellungen von Führungsinformationen verkürzen sich Arbeitsprozesse.
6	Einheitliches Verwaltungshandeln	5	6	30	Die Einführung einer Datawarehouse-Technologie folgt dem technischen Standard zur Teilnahme (gem. Beschlusslage) an aktuellen Entwicklungen auf Bundesebene zur IT-Harmonisierung sowie zur Datenvernetzung u.a. im Rahmen der Terrorbekämpfung.
7	Imageverbesserung	5	8	40	Der Einfluss der Datawarehouse-Technologie auf Qualität und Verfügbarkeit kriminalpolizeilicher Daten entfällt gegenüber den Adressaten dauerhaft positive Wirkung.
8	Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	8	120	In Folge systembedingter, automatisierter Prozesse stehen Informationen in einem wesentlich erweiterten Umfang erheblich zeitnäher vor allem als Führungsinformation sowie zur Controllingzwecken zur Verfügung.
9	Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	4	40	Verbesserung der Handhabung sowie Steigerung der Produktqualität sind geeignet Arbeitszufriedenheit zu steigern.
10	Qualifikationsicherung/-erweiterung	5	2	10	Konsequente Befassung mit BI-Lösungen auf Basis Datawarehouse-Technologie stabilisiert IT-bezogene Kompetenz.
<b>Insgesamt</b>		<b>100</b>	<b>66</b>	<b>690</b>	
<b>Ergebnis WiBe Q</b>				<b>69</b>	
<b>Externe Effekte</b>					
A.	Wer sind meine Kunden?	Behördenleitungen sowie sämtliche Mitarbeiter*innen der Polizeien im Land Bremen, Senat für Inneres, BKA, Polizeien der Länder, Kooperationspartner.			
B.	Was wollen meine Kunden?	Verkehrs- und kriminalpolizeiliche Daten in höchstmöglicher Qualität und Verfügbarkeit.			
C.	Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?	Datawarehouse-Technologie ist im Bereich BI mittlerweile bei nahezu sämtlichen externen Kunden Standard.			
D.	Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?	Von ad-hoc-Informationen über tägliche Reports bis hin zur Echtzeitübermittlung von kriminalpolizeilichen Daten (u.a. PIAV) ist insgesamt von einer sehr hohen Nutzungsintensität auszugehen.			
1	Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	6	60	Aufgrund laufender Projekte (u.a. PIAV), Beschlusslagen auf Bundesebene (u.a. Polizei2020 / IMITAB) sowie Anforderungen aufgrund bestehender Kriminalitätslagen und Terrorgefahr eine hohe Nachfrage.
2	Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	4	40	Berücksichtigung von Bundesstandards.
3	Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	6	30	Erhöhung der Informationsqualität sowie bedarfsangepasste Darstellungs- und Verarbeitungsmöglichkeiten steigern Verständlichkeit und Transparenz.
4	Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	6	30	Automatisierte Plausibilitäts- und Fehlerprüfung.
5	Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	10	100	Einhalten vertrags- und datenschutzrechtlicher Vorgaben; Steigerung der Effektivität und Effizienz von Kriminalitäts- und Terrorbekämpfung; Verringerung von Fehlinterpretationen; Verhindern von Fehlentscheidungen bei Lagebeurteilungen auf Basis unzureichender Datenqualität / -lage; Anspruch der Bürger*innen auf hochqualitative, sachgerechte Datenverarbeitung.
6	Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	4	100	Einsparpotentiale durch Vereinheitlichung von IT-Architektur und angebundener Prozesse auf Bundesebene.
7	Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	4	40	Erfüllen vorgegebener Standards durch Bund/Länder-Programme.
8	Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	10	100	Derselb werden Datenverarbeitungs- und -steuerungsprozesse innerhalb der Polizeien im Land Bremen mit einem sehr hohen Anteil manuelle Bearbeitung gewalinstet.
9	Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	6	30	Deutliche Steigerung der Qualität und Verfügbarkeit der Produkte. Erweiterung der Dienstleistung durch Automatisierung, Standardisierung und Reduktion der Erforderlichkeit manueller Bearbeitung.
10	Nachnutzung von Projektergebnissen	10	8	80	Aufgrund umfassender technisch-hocher Komplexität besteht sehr gute Übertragbarkeit der Methodik auf andere IT-Projekte der öffentlichen Verwaltung. Datawarehouse-Technologie lässt sich als technischer Standard auf sämtliche Datenquellen übertragen.
<b>Insgesamt</b>		<b>100</b>	<b>64</b>	<b>610</b>	
<b>Ergebnis WiBe E</b>				<b>61</b>	

=&gt; IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

1) Hinweis: Die Bewertung erfolgt entsprechend der Kriterienkataloge der WiBe 5.0 (Anlage zum Beschluss Nr. 2015/3 des Rates der IT-Beauftragten der (Bundes-)Ressorts vom 19. Februar 2015), herausgegeben von der Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik. Die Punktevergabe ist nicht beliebig, sondern orientiert sich an den Vorgaben der WiBe 5.0, vgl. dort den Teil zur Nutzwertbeurteilung, ab S. 37). Eine Maßnahme kann danach durchgeführt werden, wenn die WiBe Q und/oder WiBe E einen Wert &gt; 50 ergibt.



**Tab. 2: Nutzwertanalyse "Elektronische Vorgangsbearbeitung für schnelleren Kundenservice" 1)**

Qualitativ strategische Bedeutung	Gewichtung		Bewertung		Punktzahl	Begründung
	10	4	10	4		
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	4	40	40	40	gesetzliche Vorgabe zur Einführung, betrifft nur Teilbereiche Verwaltung
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	4	40	40	40	Die Software wird erfolgreich in Bhv eingesetzt
3 Plattform-/Herstellernabhängigkeit	10	4	40	40	40	
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	10	150	150	150	Reduzierung von Laufkundschaft, Wegfall schriftlicher Anfragen,
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	10	150	150	150	Reduzierung von Laufkundschaft, Wegfall schriftlicher Anfragen,
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	10	50	50	50	bundesweiter Zugriff und Abruf möglich
7 Imageverbesserung	5	10	50	50	50	zeitgemäßer und transparenter Umgang mit Anfragen
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	2	30	30	30	./.
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	8	80	80	80	Wegfall von Medienbrüchen, Reduzierung von Routinen, schneller Zugriff auf notwendige Daten
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	0	0	0	0	./.
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>62</b>	<b>630</b>	<b>630</b>	<b>630</b>	
<b>Ergebnis WiBe Q</b>					<b>63</b>	
<b>Externe Effekte</b>						
A. Wer sind meine Kunden? Verwaltung, Bürger, Private						
B. Was wollen meine Kunden?						
C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?						
D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?						
1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	8	80	80	80	Sicherheitsbehörden benötigen zeitnahen und dauerhaften Zugriff
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	4	40	40	40	
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	10	50	50	50	schneller online Zugriff für Behörden und Dritte
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	0	0	0	0	
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	10	100	100	100	Abruf der benötigten Informationen zeitnah und automatisiert möglich
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	8	200	200	200	Prozessverkürzung, Wegfall von Sachkosten
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	8	80	80	80	Sicherheitsbehörden müssen X-Schnittstelle bedienen können
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	10	100	100	100	Abruf direkt möglich, Vermeidung von Medienbrüchen
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	4	20	20	20	Abruf direkt möglich, Vermeidung von Medienbrüchen
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	0	0	0	0	Kein Modellcharakter
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>62</b>	<b>670</b>	<b>670</b>	<b>670</b>	
<b>Ergebnis WiBe E</b>					<b>67</b>	

=> IT-Maßnahme kann/ kann nicht durchgeführt werden

1) Hinweis: Die Bewertung erfolgt entsprechend der Kriterienkataloge der WiBe 5.0 (Anlage zum Beschluss Nr. 2015/3 des Rates der IT-Beauftragten der (Bundes-)Ressorts vom 19. Februar 2015), herausgegeben von der Bundesregierung für Informationstechnik. Die Punktevergabe ist nicht beliebig, sondern orientiert sich an den Vorgaben der WiBe 5.0, vgl. dort den Teil zur Nutzwertbetrachtung, ab S. 37). Eine Maßnahme kann danach durchgeführt werden, wenn die WiBe Q und/oder WiBe E einen Wert > 50 ergibt.

**Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)**

Anlage zur Vorlage : Digitalisierungsprojekte Polizei

Datum : 28.11.17

Stand: 1.12.2017

Benennung des Maßnahmenbündels

D. 38 Sicherheitsrelevante Digitalisierungsprojekte

**Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit**  **einzelwirtschaftlichen**  
 **gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen**

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung  Barwertberechnung  Kosten-Nutzen-Analyse  
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse  ÖPP/PPP Eignungstest  Sensitivitätsanalyse  Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): 2

Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Umsetzung der Digitalisierungsprojekte	1
2	Keine Umsetzung der Digitalisierungsprojekte	2
n		

**Ergebnis**

**Darstellung der monetären Wirtschaftlichkeit, soweit möglich. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer/~~keiner~~ erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).**

**Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) ist für alle vier Projekte gemäß WiBe 5.0 > 50 Punkte). Das bedeutet, dass die IT-Maßnahmen durchgeführt werden können (Alternative 1).**

Weitergehende Erläuterungen

--

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

31.03.2020	2.	n.
------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	PIAV Stufe 3 ist umgesetzt	Ja/nein	Ja
2	LIMS ist in der Polizei Bremen eingeführt	Ja/nein	Ja
3	Die Polizei Bremen verfügt über ein Datawarehouse	Ja/nein	Ja
4	Melddaten können bundesweit von Sicherheitsbehörden automatisiert abgerufen werden.	Ja/nein	Ja

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO:  die Schwellenwerte werden nicht überschritten /  
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen  
 Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am \_\_\_\_\_ erfolgt.

 Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

## Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b> BASIS.Polizei		<b>Lfd. Nr. D.39 der Liste</b>	
<b>Zielgruppe:</b> Intern, Verwaltung			
<b>Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?):</b> Überführung der IT-Strukturen zu Dataport			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Konzept zur Überführung	%	100	100
Netzübergänge sind angepasst	%	0	100
Basis-Rechner sind ausgerollt	%		50
<b>Programm / Produkt (Was wird angeboten?):</b> Ein Basis.PC mit einem für die Polizei konfigurierten Warenkorb.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Betriebene Basis.PC	Stck.	0	940
Fachverfahren betrieben durch Dataport	Stck.	4	6
<b>Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?):</b> Das Vorhaben wird in einem Projekt umgesetzt. Der Lenkungsausschuss setzt sich aus Vertretern der Senatorin für Finanzen, des Senator für Inneres und der Polizei Bremen zusammen. Die Projektverantwortung liegt bei Senator für Inneres und die Projektleitung in der Polizei Bremen. Dataport ist in das Projekt eingebunden.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Aufbau der Projektorganisation	%	100	100
Gewinnung von externem Personal	%	100	100
Einrichtung Lenkungsausschuss	%	100	100
Projektauftrag an Dataport	%	100	100

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)						
Aggregat	Senat 12.09.2017			aktuelle Planung		
	2018		2019	2018		2019
Personalausgaben	T€		T€	T€		T€
Personal-Stellen	VZÄ		VZÄ	VZÄ		VZÄ
Konsumtiv	2.000	T€	1.788,8	2.000	T€	1.788,8
Investiv	200	T€	89,4	200	T€	89,4
Bremerhaven	T€		T€	T€		T€

### Beigefügte Unterlagen:

- |   |  |                               |
|---|--|-------------------------------|
| Projektbeschreibung/-auftrag                          | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Zeitplan  | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| WU-Übersicht  | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse                | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Antrag auf Nachbewilligung                            | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| <a href="#">Klicken Sie hier, um Text einzugeben.</a> | <input type="checkbox"/> ja            | <input type="checkbox"/> nein |
| <a href="#">Klicken Sie hier, um Text einzugeben.</a> | <input type="checkbox"/> ja            | <input type="checkbox"/> nein |

## Projektskizze

Projektnummer	Projekttitle / Bezeichnung Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel
D39	BASIS.Polizei (Polizei PC)

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes.
Der ständige gesellschaftliche Wandel führt regelmäßig zu Anpassungen der Verwaltung. Die Erarbeitung und die Umsetzung dieser Anpassungen werden allgemein unter dem Begriff „Verwaltungsmodernisierung“ gefasst. Heute bilden die Themen „Digitalisierung“ und „Konsolidierung der öffentlichen Haushalte“ die Schwerpunkte dieser Verwaltungsveränderung. Die Bremen bezogene Konkretisierung dieser Schlagworte bildet u. a. der Masterplan „Zukunftsorientierte Verwaltung“ der Senatorin für Finanzen und der Senatskanzlei. Speziell mit Blick auf die Polizei ist aus diesem das Entwicklungsfeld „Digitale Verwaltung“ anzuführen. Dieses gibt u. a. die Einführung des Polizei-PC „BASIS.Polizei“ verbunden mit den Themen Zentralisierung (Bündelung von Fachverfahren beim zentralen IT-Dienstleister Dataport) und Nutzung von „Shared Services“ vor. Neben der dauerhaften, zukunftsorientierten Sicherstellung der Leistungserbringung soll so mit Blick auf die Situation der öffentlichen Haushalte eine konzernbezogene Effizienzsteigerung im IT-Bereich erreicht werden.

### 1. Geplante Projektstruktur

<b>Auftraggeber</b>
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: 12. September 2017, Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
<b>Verantwortliche Dienststelle (Federführung)</b>
Senator für Inneres, Hr. Seeliger
<b>Projektleitung (falls schon benannt)</b>
Polizei Bremen, Hr. Herbst
<b>Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)</b>
TP Warenkorb, Polizei Bremen, N.N. TP Recht, Polizei Bremen, Hr. Schröder TP IT-Fachverfahren, extern, N.N. TP Personal, Polizei Bremen, Hr. Gralla TP Technik, Polizei Bremen, Hr. Hoell

<b>Projektbeginn</b>	06/2017 (Vorprojekt), 1.2.2018 Hauptprojekt
<b>Projektende (geplant)</b>	2020

## 2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

### Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c) einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

### Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Mit der Umsetzung des Polizei-PC wird die Strategie der Nutzung eines weitgehend vereinheitlichten Verwaltungs-PC fortgesetzt und zugleich die Leistungserbringung im IT-Bereich zukunftsorientiert und dauerhaft abgesichert. Die Einbindung der Polizei Bremen in die länderübergreifende, bundesweite IT-Landschaft und Gremienstrukturen erfordert zusätzlichen Abstimmungs- und Anpassungsbedarf.

### Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

#### Projektziele

Projektziel 1: Der Polizei-PC (BASIS.Polizei) ist eingeführt.

Projektziel 2: Die Anzahl der seitens der Polizei betriebenen IT-Fachverfahren wurde so weit möglich reduziert.\*

Projektziel 3: Die nach fachlichen, technischen, taktischen und wirtschaftlichen Kriterien größtmögliche Verlagerung von IT-Fachverfahren zu Dataport ist erfolgt.\*

Projektziel 4: Die Prozesse der Polizei für die Leistungserbringung durch und die Steuerung von Dataport sind zukunftsorientiert etabliert und dauerhaft sichergestellt.

Projektziel 5: Die Ablauforganisation der IKT ist entsprechend den zukünftigen Anforderungen aufgestellt.

Projektziel 6: •„Kommunikations-/Abstimmungsgremien“ sowie die Schnittstellen zwischen der Polizei und dem SI sind identifiziert und sind etabliert.

\* Die Anzahl/der Umfang der zu Dataport zu verlagernden IT-Fachverfahren ergibt sich aus den technischen bzw. fachlichen Notwendigkeiten zur Einführung des Polizei-PC, den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln sowie den Kapazitäten von Dataport. Zur Erreichung des Gesamtziels (der möglichst weitreichenden Verlagerung der Fachanwendungen zu Dataport) ist ein Phasenkonzept aufzustellen. In der ersten Phase sind die für den Betrieb des Polizei-PC unabdingbar notwendigen IT-Fachverfahren zu Dataport zu verlagern, in der zweiten Phase dann die weiteren Fachverfahren.

### **Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?**

#### Maßnahmen zum Projektziel 1:

- Ergebnisoffene Prüfung (technische Rahmenbedingungen und „Vereinbarungslage“) der Einbeziehung der IT der OPB Bremerhaven in das Projekt
- Technische und rechtliche Hemm- oder Hindernisse zur Einführung des Polizei-PC analysieren, Lösungen entwickeln und umsetzen
- Warenkorb Polizei-PC sowie die benötigte Servicequalität im Sinne eines Lastenheftes definieren
- Angebot(e) von Dataport prüfen und ein gemeinsames Umsetzungskonzept entwickeln
- Einführung des Polizei-PC federführend für die gesamte Polizei Bremen koordinieren (in Abhängigkeit von der o. g. Prüfungsfrage – der Einbeziehung der OPB Bhv – ggfs. die Einführung in der OPB mit in das Projekt aufnehmen)
- Fach-PC in Qualität und Quantität ermitteln und Betrieb sicherstellen

#### Maßnahmen zum Projektziel 2/3:

- Gesamtheit der Fachverfahren der Polizei erheben und auf Notwendigkeit überprüfen
- „Einzustellende Fachverfahren“ erheben und außer Betrieb nehmen
- Auszulagernde Fachverfahren benennen und unter Beachtung von fachlichen, technischen, taktischen und wirtschaftlichen Priorisierungskriterien nach Entscheidung zu Dataport überführen. Die durch die Polizei zunächst weiter zu betreibenden Fachverfahren ermitteln, deren Betrieb sicherstellen und eine Entscheidungsmatrix für eine später vorzunehmende Auslagerung erstellen

#### Maßnahmen zum Projektziel 4/5:

- Organisationskonzept IKT in der ZPD (einschließlich eines Personalentwicklungskonzepts) erstellen und in Abhängigkeit des Projektfortschritts „Warenkorb“ und „IT-Fachverfahren“ umsetzen
- Konsolidierung der Aufbau- und Ablauforganisation der IKT der Polizei, Bündelung der Schnittstellen gegenüber DP und dem SI (kein eigenständiges Vorgehen der einzelnen Direktionen)

#### Maßnahmen zum Projektziel 6:

- Erarbeiten und etablieren einer „Gremienstruktur“ zur behördenübergreifenden Information und Abstimmung

### Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

- Erweiterung von Personalstamm und/oder Aufgabenportfolio der IKT

### 3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	Aufwand in % des Gesamtvolumens
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Planungsunterlagen erstellen, interne Personalgewinnung, SLA Dataport</li> </ul>	<b>M 1</b> Vorprojekt bis 12/2017	10%
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Warenkorb entwickeln</li> <li>• IT-Fachverfahren analysieren und Umsetzungsmatrix</li> <li>• Rechtliche Fragestellung klären</li> <li>• Technische Hemmnisse identifizieren und Lösungen erarbeiten</li> <li>• Masterplan Personal</li> </ul>	<b>M 2</b> Konzeptionsphase (erste Wirkphase der Teilprojekte) 01/2018 bis 06/2018	30%
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausrollen der Arbeitsplatzrechner</li> <li>• Verlagerung der Fachverfahren zu Dataport</li> </ul>	<b>M 3</b> Realisierungsphase ab 07/2018	60%
	<b>M 4</b> Ende des Projektes in 2020	
Aufwand Gesamt:		100 %

Ressource	Budget (geschätzt)
<b>Personal</b>	
<b>Ausstattung</b>	
Projektbüro	
<b>Sachkosten</b>	
Technische Anpassung (insbesondere Netzinfrastruktur)	540.000 €
Projektkosten, Unterstützungsleistung (z.B. durch Dataport), Softwareanpassungen	1.588.000 €



Dienstleistungen Dataport	1.650.000 €
<b>Sonstige</b>	

### **Wirtschaftlichkeit**

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

### **Berichtswesen**

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Projektverantwortlicher an Auftraggeber (LA-Vorsitz)

- Controllingbericht: quartalsweise
- Risikoliste: quartalsweise
- Finanzübersicht: quartalsweise
- Meilensteinplanung und Erreichungsgrad: monatlich
- Statusbericht: monatlich
- Gesamtpräsentation im Rahmen der LA-Sitzungen: anlassbezogen

Projektleiter an Projektverantwortlichen

- Projektplan (MS-Project) einschl. Meilensteinplanung und Erreichungsgrad: monatlich
- Statuskurzbericht: monatlich
- Statusbericht: quartalsweise
- Risikoliste: quartalsweise
- Finanzübersicht: quartalsweise

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

Herr Frank Seeliger, SI, Tel. 0421 361 15247

---

**A**

Die Senatorin für Finanzen  
 - Bewirtschaftung durch Polizei Bremen -

Herr Heide  
 9033  
 Bremen, 04.Dez  
 2017

öffentlich  nicht öffentlich

**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld  
 Digitale Verwaltung und Bürgerservice**

**Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018**  
**Produktgruppe: 96.01.01 IT/E-Government-Budget der FHB**

**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	0950.539 59-3	950	034	Sachausgaben Projekt D39 - BASIS.Polizei - Handlungsfeld Digitalisierung	2.000.000 €
X	0950.812 59-1	950	034	Investive Ausgaben Projekt D39 - BASIS.Polizei - Handlungsfeld Digitalisierung	200.000 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	2.200.000,00
92.31.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	0,00

**Personaldaten:**

**zu Stellenverlagerungen** ( vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

**Leistungsziele/-kennzahlen:**

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

# A

**Sonstige Anmerkungen:  
Kurzbeschreibung der Maßnahme**

Mit der Umsetzung des Polizei-PC wird die Strategie der Nutzung eines weitgehend vereinheitlichten Verwaltungs-PC fortgesetzt und zugleich die Leistungserbringung im IT-Bereich zukunftsorientiert und dauerhaft abgesichert (siehe auch Maßnahmenvorblatt und Projektskizze).

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist  
 beigefügt.

**Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit**

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 Abs. 2 LHO werden die Mittel nunmehr auf die Personalhaushaltsstellen der Ressorts und in den Produktplan 96 IT-Budget der FHB (konsumtive und investive Mittel ohne Personal) verlagert.

**Zustimmung**

Produktgruppenverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

ja

nein, nicht erforderlich

Deputationen:

ja

nein, wird mündlich vorgetragen

Dep. für Inneres

An die Senatorin für Finanzen  
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.  
Im Auftrag

**Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Basis.Polizei" 1)**

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
	in €			
<b>Projektkosten</b>				
Technische Anpassung (insb. Netzwerkinfrastruktur)	400.000	140.000		540.000
Softwareanpassungen	200.000	88.000		288.000
Projektkosten, Unterstützungsleistungen (z.B. durch Dataport)	600.000	700.000	50.000	1.300.000
Dienstleistungen Dataport	800.000	850.000	200.000	1.650.000
				0
				0
<b>Projektkosten insgesamt</b>	<b>2.000.000</b>	<b>1.778.000</b>	<b>250.000</b>	<b>3.778.000</b>
	in €			
<b>Betriebskosten</b>				
Technischer Betrieb				
Betrieb und Lizenzen bei Dataport	500.000	1.500.000	3.872.922	2.000.000
<b>Betriebskosten insgesamt</b>	<b>500.000</b>	<b>1.500.000</b>	<b>3.872.922</b>	<b>2.000.000</b>

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

**Tab. 2: Nutzwertanalyse "Elektronische Vorgangsbearbeitung für schnelleren Kundenservice" 1)**

	Gewichtung		Bewertung	Punktzahl	Begründung
<b>Qualitativ strategische Bedeutung</b>					
1	10	10	10	100	Beschluss des Senats vom 20.01.2015, Behördenstrategie
2	10	10	10	100	Basis wird bereits in der allgemeinen Verwaltung genutzt, Steigerung der Synergieeffekte
3	10	0	0	0	An das Angebot von Dataport gebunden, Abhängigkeiten zum Gesamtverbund
4	15	8	15	120	transparente Standards, Standardersatzbeschaffung, klare Prozesse
5	15	0	0	0	nicht erkennbar
6	5	10	5	50	Integration in das BVN
7	5	8	5	40	Wirkung wird überwiegend auf Mitarbeiter beschränkt sein.
8	15	10	15	150	schneller Zugriff Controllingdaten in vielen Bereichen
9	10	10	10	100	aktuelle Hard- und Software und leistungsfähige Lösungen steigern die Arbeitszufriedenheit in allen Bereichen
10	5	0	0	0	keine positive Wirkung erkennbar
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>66</b>	<b>66</b>	<b>660</b>	
<b>Ergebnis WiBe Q</b>				<b>66</b>	
<b>Externe Effekte</b>					
A	Wer sind meine Kunden? Bürger, Verwaltung				
B	Was wollen meine Kunden? Schnelligkeit und Verlässlichkeit				
C	Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?				
D	Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?				
1	10	2	20	20	Für Bürger nicht erkennbar, Für Verwaltung nicht zwingend sofort nötig
2	10	8	80	80	Für Bürger nicht erkennbar, Für Verwaltung Anschluss an das BVN
3	5	10	50	50	Für Bürger erkennbar ein IT-Dienstleister, Für Verwaltung ein System in beiden Fällen Steigerung der Transparenz und Verständlichkeit
4	5	0	0	0	
5	10	0	0	0	
6	25	10	250	250	Steigerung der Effizienz und Effektivität, Größere Synergieeffekte führen zu Kostensenkungen
7	10	10	100	100	die Anpassungen finden auf Seite der Polizei statt.
8	10	2	20	20	weniger Medienbrüche
9	5	2	2	10	leichtere Zusammenarbeit im Bereich der IT durch Integration in das BVN
10	10	2	20	20	Basis bereits etabliert
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>46</b>	<b>550</b>	<b>550</b>	
<b>Ergebnis WiBe E</b>				<b>55</b>	

=> IT-Maßnahme kann/ kann nicht durchgeführt werden

**Anlage: Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)**

Anlage zur Vorlage: D.39 BASIS.Polizei

Datum: 29.11.2017

Stand: 07.09.2017

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Einführung von „BASIS.Polizei“ (Polizei-PC) bei der Polizei Bremen

**Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit**  **einzelwirtschaftlichen**  
 **gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen**

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung  Barwertberechnung  Kosten-Nutzen-Analyse  
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse  ÖPP/PPP Eignungstest  Sensitivitätsanalyse  Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): 2 Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Einführung BASIS.Polizei	1
2	Verzicht auf Einführung BASIS und Weiterbetrieb des IST-Zustands	2
n		

**Ergebnis**

**Darstellung der monetären Wirtschaftlichkeit, soweit möglich. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer/keiner erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).**

**Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 66 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 55 gemäß WiBe 5.0 (Beide > oder < 50 Punkte) bedeutet, dass die IT-Maßnahme durchgeführt7 nicht durchgeführt werden kann (Alternative 1).**

## Weitergehende Erläuterungen

Zum Nachweis der Wirtschaftlichkeit des Projektes BASIS.Bremen inkl. der Nachfolgeprojekte, wie z.B. BASIS.Polizei, siehe Unterlagen der Senatorin für Finanzen (Senatsvorlage 24.03.2015). Siehe auch Beschlussfassung des Senats zur Einführung eines „Polizei-PC“ nach dem Modell „BASIS.Bremen“ (20. Januar 2015).

## Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.03.2020	2.	n.
---------------	----	----

## Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	75 % der BASIS.Arbeitsplätze sind in Betrieb	%	75%
2			
3			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO:  die Schwellenwerte werden nicht überschritten /  
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

 Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

## Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b> Digitalisierungsvorhaben des ehemaligen Stadtamts		<b>Lfd. Nr. D40 der Liste</b>	
<b>Zielgruppe:</b> Kunden und Mitarbeiter der Nachfolgeämter des ehemaligen Stadtamts (hier: Ordnungsamt, Bürgeramt, Standesamt)			
<b>Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?):</b> Effizienzsteigerung durch Digitalisierung von Prozessen, Beschleunigung von Abläufen, Verbesserung der Schnittstellen zwischen IT-Verfahren			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Anteil der digitalisierten Personenstandsakten	%	50	100
Optimierung des Datentransfers von Zasys zu SAP	%	95	100
Verlagerung des fachlichen Verfahrensmanagements zu Dataport	%	50	100
<b>Programm / Produkt (Was wird angeboten?):</b> ePR-Scannerfassungsclient, SC-Mobil, Verlagerung des Verfahrensmanagement zu Dataport, Standardschnittstelle Zasys - SAP			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
<b>Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?):</b> Arbeitsfähigkeit Scan-Prozesse und Digitalisierung der Personenstandsbücher, Standardschnittstelle Zasys - SAP, Verlagerung Verfahrensmanagement zu DP, Beschaffung neue Mobilgeräte/Software in der Verkehrsüberwachung			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Start Scan-Prozesse Personenstandsbücher	Datum	01.10.2018	
Einsatzbeginn neue MDE/Software in der VU	Datum	01.10.2018	
Automatisierte Anbindung Zasys an SAP	Datum	01.09.2018	
komplette Verlagerung Verfahrensmanagement	Datum		31.12.2019

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)						
Aggregat	Senat 12.09.2017				aktuelle Planung	
	2018		2019		2018	2019
Personalausgaben		T€		T€		T€
Personal-Stellen		VZÄ		VZÄ		VZÄ
Konsumtiv	100	T€	179	T€	100	T€
Investiv		T€		T€		T€
Bremerhaven		T€		T€		T€

### Beigefügte Unterlagen:

- |   |  |                               |
|---|--|-------------------------------|
| Projektbeschreibung/-auftrag                          | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Zeitplan  | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| WU-Übersicht  | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse                | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Antrag auf Nachbewilligung                            | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| <a href="#">Klicken Sie hier, um Text einzugeben.</a> | <input type="checkbox"/> ja            | <input type="checkbox"/> nein |
| <a href="#">Klicken Sie hier, um Text einzugeben.</a> | <input type="checkbox"/> ja            | <input type="checkbox"/> nein |



## Senator für Inneres

### Projektskizze

Projektnummer	Projekttitel / Bezeichnung
D40	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel Digitalisierungsvorhaben des ehemaligen Stadtamts

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes. Dieses Projekt ist der Mantel für mehrere Digitalisierungsvorhaben der Nachfolgeämter des ehemaligen Stadtamts. Ziel ist die <ul style="list-style-type: none"> <li>• Übertragung des fachlichen Verfahrensmanagements für die IT-Verfahren der Stadtmatsnachfolger auf Dataport</li> <li>• Nacherfassung der Personenstandsbücher</li> <li>• Anbindung des Bezahlungssystems Zasys an das Haushaltssystem SAP</li> <li>• die Beschaffung neuer Mobiler Datenerfassungsgeräte für Verkehrsüberwachung mit Schnittstelle zum Ordnungswidrigkeitenverfahren SC-OWI</li> </ul>

### 1. Geplante Projektstruktur

<b>Auftraggeber</b>
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: 12. September 2017, Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
<b>Verantwortliche Dienststelle (Federführung)</b>
Senator für Inneres
<b>Projektleitung (falls schon benannt)</b>
<b>Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)</b>
Standesamt Ordnungsamt Bürgeramt

<b>Projektbeginn</b>	01.02.2018
<b>Projektende (geplant)</b>	31.12.2019

## 2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

### Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch  
a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c)  
einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

### Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Durch Verbesserung des Kundenservices der Nachfolgeämter des ehemaligen Stadtamtes Bremen soll durch Digitalisierungsvorhaben eine Effizienzsteigerung in der Aufgabenerledigung zu erreichen.

#### Teilprojekt 1 (Verfahrensmigration zu Dataport):

Einige Verfahren, die noch im ehemaligen Stadtamts-Rechenzentrum betrieben werden, sollen zukünftig durch den Dienstleister Dataport übernommen werden.

#### Teilprojekt 2 (Elektronisches Personenstandsregister):

Die Personenstandsbücher bis 2009 werden in Papierform geführt. Mitteilungen an die Personenstandsregister können nur manuell bearbeitet werden. Es sind ca. 40.000 Mitteilungen an die Personenstandsregister unbearbeitet und können nur anlassbezogen bearbeitet werden. Die Papierregister binden Archivflächen und verhindern effiziente Prozessabläufe der Behörde.

Die Personenstandsbücher sollen gescannt und digitalisiert und per OCR-Erkennung mit Hilfe einer standardisierten Schnittstelle in das Fachverfahren Autista überführt werden. Dadurch soll ein arbeitsplatzunabhängiger und zeitgleicher Datenzugriff erreicht werden, Archivflächen werden ebenfalls freigestellt.

#### Teilprojekt 3: (Schnittstelle Zasys zum SAP)

Das Zahlungssystem Zasys ist nicht an das SAP-System angebunden, d.h. die Zahlungsdaten werden nicht per Schnittstelle an das SAP-System/LHK weitergeleitet und müssen bei der Landeshauptkasse manuell eingegeben werden..

#### Teilprojekt 4: (Ersatz MDE-Geräte Verkehrsüberwachung)

Die mobilen Datenerfassungsgeräte in der Überwachung des Ruhenden Verkehrs und der Datentransfer von diesen Geräten in das Ordnungswidrigkeitenverfahren SC-OWI ist fehleranfällig und unzuverlässig. Die fehleranfällige Technik in der Verkehrsüberwachung soll ersetzt werden.

### Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maß-

nahmen hinterlegt werden.

<b>Projektziele</b>
<p>Projektziel 1: Verbesserung des Services für die Sachbearbeiter und Nutzer von elektronischen Verfahren durch die Übertragung des fachlichen Verfahrensmanagements für die IT-Verfahren auf Dataport</p> <p>Projektziel 2: Effektivere Nutzung des elektronischen Personenstandsregisters durch Nacherfassung von Altbeständen</p> <p>Projektziel 3: Reduzierung des Personalaufwands für die Datenübertragung durch eine automatisierte Schnittstelle vom Bezahlungssystem Zasys zum Haushaltssystem SAP</p> <p>Projektziel 4: Ersatz der fehleranfälligen Mobilten Datenerfassungsgeräte für Verkehrsüberwachung mit ihrer Schnittstelle zum Ordnungswidrigkeitenverfahren SC-OWI in Abstimmung mit den Anforderungen des neuen Ordnungsdienstes (im Sinne einer Standardisierung)</p>
<b>Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?</b>
<p>Maßnahmen zum Projektziel 1: Übertragung des technischen und fachlichen Verfahrensmanagements der IT-Verfahren der Stadtamtsnachfolger auf Dataport, Sicherstellung der Datenhaltung (Teilprojekt D40a)</p> <p>Maßnahmen zum Projektziel 2: Digitale Nacherfassung von Papier-Personenstandsbüchern im elektronischen Personenstandsregister (Teilprojekt D40b)</p> <p>Maßnahmen zum Projektziel 3: Anbindung des Bezahlungssystem Zasys an das Haushaltssystem SAP (Teilprojekt D40c)</p> <p>Maßnahmen zum Projektziel 4: Die Beschaffung neuer Mobiler Datenerfassungsgeräte für Verkehrsüberwachung mit funktionierender Schnittstelle zum Ordnungswidrigkeitenverfahren SC-OWI in Abstimmung mit den Bedürfnissen des neuen Ordnungsdienstes (Teilprojekt D40d)</p>

### **Nicht-Auftrag**

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

### **3. Meilenstein- und Ressourcenplanung**

<b>Hauptaktivitäten/Arbeitspaket</b>	<b>Meilensteine</b>	<b>Aufwand in % des Gesamtvolumens</b>
Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	(= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	

	<b>M 1</b> Start der Projekte am 01.02.2018	
Bedarfsermittlung MDE-Geräte und Marktanalyse (TP4)	<b>M 2</b> Bedarfe und Kosten sind ermit- telt 01.05.2018	1%
Organisation des Scan- Prozesses (TP 2)	<b>M 3</b> Scan-Prozess ist vorbereitet ab 01.05.2018	1%
Modulerweiterung Zasys mit SAP-Schnittstelle (TP3)	<b>M 3</b> Elektronischer Datentransfer zwischen Zasys und SAP 01.10.2018	6%
Technische Umsetzung MDE- Geräte, Mitarbeiterschulung (TP 4)	<b>M 4</b> Einsatz der MDE-Geräte ab 31.10.2018	2%
OCR-Erkennung der gescann- ten Personenstandsbücher und Überführung in das Fachverfah- ren Autista (TP2)	<b>M 5</b> Personenstandsbücher stehen in digitaler Form zu Verfügung 31.12.2019	55 %
Verlagerung der Fachverfahren und Datenbestände zu Dataport (TP 1)	<b>M 6</b> Betrieb der Verfahren bei Dataport 31.12.2019	35%
	<b>M 6</b> Ende des Projektes am 31.12.2019	
<b>Aufwand Gesamt:</b>		100 %

<b>Ressource</b>	<b>Budget (geschätzt)</b>
<b>Personal</b>	
<b>Ausstattung</b>	
<b>Sachkosten</b>	
Kosten Dienstleistung Dataport	80.000
ePR-Nacherfassungsclient, Schnittstellenentwicklung	21.000
Kosten für Scandienstleistungen	145.000
Modulerweiterung Zasys durch Hersteller	20.000
Schnittstelle MDE-Geräte zum Fachverfahren	12.900
<b>Sonstige</b>	

Das Ressort Senator für Inneres wird die oben ausgewiesene Summe der o.g. Budgetmitteln in einer Detailplanung auf die Teilprojekte priorisieren und die Einhaltung des Budgetrahmens für 2018/19 somit sicherstellen.

**Wirtschaftlichkeit**

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

siehe WiBe.

**Berichtswesen**

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Das Berichtswesen erfolgt in den Teilprojekten durch die Projektleitungen an die jeweiligen Entscheidungsgremien.

Die Gesamtverantwortung liegt beim Senator für Inneres. Es sind regelmäßige Termine der Leitungen der Nachfolgeämter des ehemaligen Stadtamts mit den Gesamtverantwortlichen vereinbart.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

Herr Ahrens, Senator für Inneres 101, Tel. 96530

---

**A**

Die Senatorin für Finanzen  
 - Bewirtschaftung durch Senator für Inneres (051) -

Herr Heide  
 9033  
 Bremen, 04.Dez  
 2017

öffentlich  nicht öffentlich

**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld  
 Digitale Verwaltung und Bürgerservice**

**Haushalt der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) 2018  
 Produktgruppe: 96.02.01 IT/E-Government-Budget der FHB**

**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	3950.539 54-1	950	51	Konsumtive Sachausgaben Projekt D40 - Digitalisierung Nachfolgeämter des ehem.Stadtamtes - Handlungsfeld Digitalisierung	100.000 €
X	3950.812 54-	950	51	Investive Sachausgaben Projekt D40 - Digitalisierung Nachfolgeämter des ehemaligen Stadtamtes	0 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	0,00
92.31.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	100.000,00

**Personaldaten:**

**zu Stellenverlagerungen** ( vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl				
PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

**Leistungsziele/-kennzahlen:**

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen				
PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

# A

**Sonstige Anmerkungen:  
Kurzbeschreibung der Maßnahme**

Im Rahmen des Projekts D40 sollen folgende Digitalisierungsvorhaben der Nachfolgeämter des ehemaligen Stadtamts umgesetzt werden:

- Übertragung des technischen IT-Betriebes und des fachlichen Verfahrensmanagements für die IT-Verfahren der Standesamtsnachfolger auf Dataport
- Digitale Nacherfassung von Papier-Personenstandsbüchern im elektronischen Personenstandsregister
- Anbindung des Bezahlssystems Zasys an SAP
- Beschaffung neuer mobiler Datenerfassungsgeräte für die Verkehrsüberwachung mit Schnittstelle zum Ordnungswidrigkeitenverfahren SC-OWI.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist  
 beigefügt.

**Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit**

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 Abs. 2 LHO werden die Mittel nunmehr auf die Personalhaushaltsstellen der Ressorts und in den Produktplan 96 IT-Budget der FHB (konsumtive und investive Mittel ohne Personal) verlagert.

**Zustimmung**

Produktgruppenverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

ja

nein, nicht erforderlich

Deputationen:

ja

nein, wird mündlich vorgetragen

Dep. für Inneres

An die Senatorin für Finanzen  
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.  
Im Auftrag

**Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Digitalisierungsprojekte ehemaliges Stadttamt" 1)** in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
<b>Projektkosten (konsumtiv)</b>				
Erstellung Schnittstellen/Software/Verfahren	100.000	178.000		278.000
				0
<b>Projektkosten (investiv)</b>				
Mobile Erfassungsgeräte	50.000	50.000		100.000
Beratungsleistungen von externen (über Dataport-Rahmenvertrag)				0
<b>Projektkosten insgesamt</b>	<b>150.000</b>	<b>228.000</b>	<b>0</b>	<b>378.000</b>
<b>Betriebskosten</b>				
Technischer Betrieb			200.000	0
Betrieb und Lizenzen		0	50.000	0
<b>Betriebskosten insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>250.000</b>	<b>0</b>

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).



**Tab. 2. Nutzwertanalyse "Übergang Fachliches Verfahrensmanagement an Dataport" 1)**

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
<b>Qualitativ strategische Bedeutung</b>				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	10	100	Verlagerung der Fachverfahren zu Dataport
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	6	60	Migrationabläufe von Fachverfahren innerhalb der Behörde sind übertragbar
3 Plattform-/Herstellernabhängigkeit	10	6	60	
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	10	150	Stabilität von Systemen sind bei Dataport höher anzusehen
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	10	150	die Fachverfahren können Dataport; Minimierung der Investiv-Kosten
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	8	40	BSI-Konformität ist bei Dataport gegeben
7 Imageverbesserung	5	10	50	Stabilität von Systemen sind bei Dataport höher anzusehen
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	6	90	
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	8	80	
10 Qualifikations sicherung/-erweiterung	5	5	25	
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>79</b>	<b>805</b>	
<b>Ergebnis WiBe Q</b>			<b>81</b>	
<b>Externe Effekte</b>				
A Wer sind meine Kunden?		Sachbearbeiter und Bürger		
B. Was wollen meine Kunden?		stabile Verfahren		
C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?				
D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?				
1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	10	100	Stabilität und Verfügbarkeit von Systemen für Kunden
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	6	60	Gesichertes Verwaltungshandeln durch gesicherte Systeme
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	10	50	
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	6	30	
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	10	100	Stabilität und Verfügbarkeit von Systemen für Kunden
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	8	200	keine IT-Ausfallzeiten bedeutet für den Kunden Zeit- und Kostenersparnis
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	10	100	Einheitliche Ansprechpartner für andere Behörden
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	8	80	keine Medienbrüche bei Ausfall von Systemen
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	2	10	
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	10	100	Erfahrungen der Verfahrensmigration können von anderen Behörden übernommen werden
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>80</b>	<b>830</b>	
<b>Ergebnis WiBe E</b>			<b>83</b>	

=&gt; IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

1) Hinweis: Die Bewertung erfolgt entsprechend der Kriterienkataloge der WiBe 5.0 (Anlage zum Beschluss Nr. 2015/3 des Rates der IT-Beauftragten der (Bundes-)Ressorts vom 19. Februar 2015), herausgegeben von der Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik. Die Punktevergabe ist nicht beliebig, sondern orientiert sich an den Vorgaben der WiBe 5.0, vgl. dort den Teil zur Nutzwertbetrachtung, ab S. 37). Eine Maßnahme kann danach durchgeführt werden, wenn die WiBe Q und/oder WiBe E einen Wert &gt; 50 ergibt.

**Tab. 2. Nutzwertanalyse "Nacherfassung Personenstandsbücher" 1)**

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
<b>Qualitativ strategische Bedeutung</b>				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	8	80	Verfahren Autista im Standesamt
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	6	60	Verfahren kann für weitere Altbestände im Standesamt genutzt werden
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	5	50	Nutzung von Standard-Hardware und Standard-Software, Scan-Software Bundesländerübergreifend einsetzbar
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	8	120	Wegfall von Laufwegen und zeitgleicher Zugriff auf Personenstandsbücher
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	8	120	zeitgleicher und medienbruchfreie Zugriff auf Personenstandsbücher
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	6	30	positive Auswirkungen aller Sachbearbeiter auf gleiche Personenstandsinhalte
7 Imageverbesserung	5	8	40	schnellere Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen für die Kunden
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	5	75	Wegfall von Wegezeiten
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	10	100	
10 Qualifikations sicherung/-erweiterung	5	6	30	
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>70</b>	<b>705</b>	
<b>Ergebnis WiBe Q</b>			<b>71</b>	

**Externe Effekte**

- A. Wer sind meine Kunden?  
 B. Was wollen meine Kunden?  
 C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?  
 D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?

	Bewertung	Punktzahl	Begründung
<b>Kunden des Standesamts</b>			
<b>Schnelle Bearbeitung und Bereitstellung der angeforderten Dokumente</b>			
1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	100	Schnellere und sichere Bearbeitung von für den Kunden des Standesamts
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	60	Zugriff auf die digitalisierten Personenstandsbücher
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	50	
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	30	
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	100	zeitnahe, vollständiger und medienbruchfreier Zugriff
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	200	Schnellere und sichere Bearbeitung von für den Kunden des Standesamts
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	80	
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	80	Beschleunigung durch Wegfall von Wegezeiten, Post-Laufzeiten, Postversandaufwänden
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	50	Schnellere und zeitnah Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen für den Kunden des Standesamts
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	20	
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>78</b>	<b>770</b>
<b>Ergebnis WiBe E</b>			<b>77</b>

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

1) Hinweis: Die Bewertung erfolgt entsprechend der Kriterienkataloge der WiBe 5.0 (Anlage zum Beschluss Nr. 2015/3 des Rates der IT-Beauftragten der (Bundes-)Ressorts vom 19. Februar 2015), herausgegeben von der Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik. Die Punktevergabe ist nicht beliebig, sondern orientiert sich an den Vorgaben der WiBe 5.0, vgl. dort den Teil zur Nutzwertbetrachtung, ab S. 37). Eine Maßnahme kann danach durchgeführt werden, wenn die WiBe Q und/oder WiBe E einen Wert > 50 ergibt.

**Tab. 2: Nutzwertanalyse "Zahlungssysteme Anpassung" 1)**

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
<b>Qualitativ strategische Bedeutung</b>				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	8	80	Verfahren ZasyS
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	8	80	Verfahren kann für weitere Ämter in andere Ressorts übernommen werden
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	5	50	
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	10	150	transparenter Zahlungsverkehr
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	8	120	Abbau von Medienbrüchen
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	6	30	positive Auswirkungen aller Sachbearbeiter
7 Imageverbesserung	5	8	40	schnellere Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	5	75	Wegfall von Wegezeiten
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	5	50	
10 Qualifikations sicherung/-erweiterung	5	6	30	
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>69</b>	<b>705</b>	
<b>Ergebnis WiBe Q</b>			<b>71</b>	
<b>Externe Effekte</b>				
A. Wer sind meine Kunden?	Kunden des Standesamt			
B. Was wollen meine Kunden?	Schnelle Bearbeitung und Bereitstellung der angeforderten Dokumente			
C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?				
D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?				
1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	10	100	Schnellere und sichere Abarbeitung von Zahlungsvorgängen
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	6	60	
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	10	50	Plausibilitätsprüfung von Zahlungsvorgängen
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	6	30	zeitnaher, vollständiger und medienbruchfreier Zugriff
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	10	100	Schnellere und sichere Bearbeitung von für den Kunden
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	8	200	Beschleunigung von Buchungen
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	8	80	Schnellere und zeitnah Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	8	80	
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	10	50	
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	2	20	
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>78</b>	<b>770</b>	
<b>Ergebnis WiBe E</b>			<b>77</b>	

=&gt; IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

1) Hinweis: Die Bewertung erfolgt entsprechend der Kriterienkataloge der WiBe 5.0 (Anlage zum Beschluss Nr. 2015/3 des Rates der (Bundes-)Ressorts vom 19. Februar 2015), herausgegeben von der Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik. Die Punktevergabe ist nicht beliebig, sondern orientiert sich an den Vorgaben der WiBe 5.0, vgl. dort den Teil zur Nutzwertbetrachtung, ab S. 37). Eine Maßnahme kann danach durchgeführt werden, wenn die WiBe Q und/oder WiBe E einen Wert &gt; 50 ergibt.

**Tab. 2: Nutzwertanalyse "Mobile Erfassungsgeräte Verkehrsüberwachung" 1)**

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
<b>Qualität strategische Bedeutung</b>				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	10	100	einheitliche Endgeräte mit Mehrwert durch Nutzung von unterschiedlichen Diensten
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	4	40	Einsatz bereits in Bremerhaven
3 Plattform-/Herstellernabhängigkeit	10	6	60	kein Einsatz von proprietären Endgeräten
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	8	120	Verbesserung der Arbeitsabläufe durch Entlastung
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	6	90	Für den Kunden: Wegfall von Wartezeiten
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	8	40	Mehrfachnutzung für mehrere Fachverfahren
7 Imageverbesserung	5	6	30	positive Auswirkung bei einer hohen Zahl von Kunden
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	4	60	Mehrfachnutzung für mehrere Fachverfahren
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	4	40	Entlastung der Sachbearbeiter vom Kundenbetrieb
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	0	0	
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>56</b>	<b>580</b>	
<b>Ergebnis WiBe Q</b>			<b>58</b>	

**Externe Effekte**

- A. Wer sind meine Kunden? Verkehrsteilnehmer des ruhenden Verkehrs
- B. Was wollen meine Kunden? Öffentliche Sicherheit und Ordnung
- C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?
- D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?

**Der wirtschaftliche Nutzen für den Kunden kann hier nicht betrachtet werden, da es sich um ein System zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten handelt (Gewichtung wurde deshalb auf 0 gesetzt)**

1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	15	10	150	schnellere Bearbeitung von Verkehrsverstößen
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	0	0	
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	0	0	
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	0	0	
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	15	10	150	schnellere Bearbeitung von Verkehrsverstößen
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	0	0	0	
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	15	10	150	Zahlungsabwicklungen sind schneller zu begleichen
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	15	2	30	
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	5	25	
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	15	10	150	Nachnutzung auch durch Ordnungsdienst
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>47</b>	<b>655</b>	
<b>Ergebnis WiBe E</b>			<b>66</b>	

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

**Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)**

Anlage zur Vorlage :

Datum :

Stand: 27.11.2017

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

I0107230 Digitalisierungsprojekte ehemaliges Stadtamt (D40)

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit  einzelwirtschaftlichen  
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung  Barwertberechnung  Kosten-Nutzen-Analyse  
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse  ÖPP/PPP Eignungstest  Sensitivitätsanalyse  Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): 2 Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Durchführung Digitalisierungsprojekte	1
2	Verzicht auf Digitalisierungsprojekte	2
n		

**Ergebnis**

**Darstellung der monetären Wirtschaftlichkeit, soweit möglich. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).**

**Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) gemäß WiBe 5.0 bei allen vier Teilprojekten (Beide > 50 Punkte) bedeutet, dass die IT-Maßnahmen durchgeführt durchgeführt werden kann (Alternative 1).**

Weitergehende Erläuterungen

--

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.03.2020	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Verlagerung des Technischen Verfahrensmanagements zu Dataport	Datum	31.12.2019
2	Zugriff aus dem Fachverfahren Autista auf den Bestand des ePR	Datum	31.12.2019
3	Elektronischer Datentransfer Zasys zu SAP	Datum	1.9.2018

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO:  die Schwellenwerte werden nicht überschritten /  
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremsischen  
Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

 Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--